Thorner Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefträger ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. — Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn,

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf, für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 12 — 1. Blatt — Mittwoch, 15. Januar — 1919

Der eiserne Besen.

Aus Berlin schreibt man uns: Schlag auf Schlag ist in Berlin auf die Spartakisten herniedergesaust. Es war die höchste Zeit, denn nur wenige Tage trennen uns noch von der Wahl zur Nationalversammlung. Jedes weitere Zögern der Regierung wäre eine unverzeihliche Schwäche gewesen. Die kommunistischen Aufrührer waren ihrer Sache so sicher, daß sie alle „Verständigungsversuche" scheitern ließen, weil sie von Beginn an nichts anderes wollten als den „Sieg", die Herrschaft des roten Schreckens. Wohin dieser Sieg indessen in Wirklichkeit geführt hätte, zeigen die Vorgänge in Düsseldorf, wo nach einer Meldung die Engländer einmarschieren mußten, um Ordnung zu schaffen. Haben wir das Gefühl für nationale Würde so weit verloren, daß wir nicht einmal die Wirkung dieser Nachricht auf die anderen Völker einzuschätzen vermögen? Was uns den Weg in die Zukunft wieder öffnen sollte, das war der moralische Kredit, den wir trotz alledem noch besaßen, der Ruf als Volk der Ordnung und der Arbeit. Nun droht auch das durch die Wahnwitzigkeiten der roten Schreckensmänner zusammenzubrechen, denn heute wird es in allen Hauptstädten der Erde bekannt, daß ausgerechnet die Engländer Deutschland vor der Höllenpein der bolschewistisch-anarchistischen Selbstzerfleischung retten mußten. Die Schmach ist nicht so leicht abzuwaschen, denn hier handelt es sich nicht mehr um die Folgen einer militärischen Niederlage, sondern um unsere staatliche und gesellschaftliche Widerstandskraft.

Daß ein fester Wille auch einen Weg ins Freie finden würde, das haben die Erfahrungen der blutigen Januarwoche gezeigt. Die Truppen waren zur Stelle und bereit, Ordnung zu schaffen, sobald die Regierung entschlossen war, zu handeln und fest durchzugreifen. Daß dieser Entschluß gefaßt wurde, das ist besonders das Verdienst des Oberbefehlshabers **Noske**, sowie der Mitglieder der preußischen Regierung **Hirsch** und **Ernst**. Es war auch keine Zeit mehr zu verlieren, denn in Berlin herrschte einige Tage völlige Anarchie. Die großen Zeitungsgebäude waren besetzt, die öffentliche Meinung vergewaltigt. In den Straßen wurde gekämpft, während das Gesindel, das sich unter den Spartakisten befand, die Gelegenheit zu Raub- und Plünderungszügen benutzte. So blieb nichts übrig, als mit äußerster Gewalt den bolschewistischen Schrecken auszurotten. Das schwere Minenwerferfeuer auf den Vorwärts wirkte Wunder. Sobald die Spartakisten erkannten, daß nicht mehr verhandelt, sondern geschossen wurde, gaben sie nach verhältnismäßig kurzen Kämpfen eine „Hochburg" nach der andern preis. W. T. B., Mosse, Ullstein, Büxenstein und Scherl fielen noch am Sonnabend. Am Sonntag Morgen wurde das Hauptquartier Eichhorns, das Polizeipräsidium, gestürmt, ebenso seine Filiale in der Bötzow-Brauerei. Der Mann aber, der so viel Unheil über Berlin gebracht hat, der die zweite blutige Revolution entfachte, dieser Mann, Gustav Eichhorn, ließ die verführten Massen im Stich und suchte in feiger Flucht das Weite. Rosa **Luxemburg**, die Tag für Tag in der Roten Fahne nach dem Bürgerkrieg schrie, deren krankes Hirn sich in irrsinnigen Delirien überschlug, hat sich scheinbar aus dem Staube gemacht. Und Karl **Liebknecht** sah sich angesichts des Trümmerfeldes des Berliner Spartakismus gezwungen, nach Moskau zu telegraphieren, daß das deutsche Volk für den bolschewistischen Aberwitz noch nicht reif sei. Gewiß, der unheimliche Druck ist damit von Berlin genommen. Allein es ist klar, daß nicht auf halbem Wege stehen geblieben werden darf. Das ist auch der unerschütterliche Wille der Regierung, die verkündet hat, daß ganze Arbeit getan werden soll. Sie wird ihr Wort einlösen, die Macht, die ihr vom deutschen Volke zur Verfügung gestellt worden ist, dazu und nur dazu allein gebrauchen, Vaterland und Freiheit zu retten. Von Stunde zu Stunde wächst das Freiwilligenheer, gliedert sich in festen Verbänden, die nicht nur das Pflichtgefühl, sondern auch die Liebe und Treue zum Vaterland zusammenhält. Als sie am Sonnabend Mittag durch Berlin marschierten, da klang es wie ein feierliches Gelöbnis von ihren Lippen: „O Deutschland hoch in Ehren!"

Nur der eiserne Besen konnte helfen. Die Kommunisten haben es so gewollt. Sie mögen sich bei ihren Führern bedanken, von denen einige, wie **Ledebour**, hinter Schloß und Riegel sitzen, um wegen schweren Landfriedensbruchs und Aufreizung der Massen zum Widerstand gegen die Regierung von den ordentlichen Richtern abgeurteilt zu werden. Eigentümlich berührt das Verhalten der Unabhängigen „Freiheit", die, wie das Kommunistenblättchen „Republik" gegen die Blutherrschaft Ebert-Scheidemann zetert, über den „Terror" in Berlin schilt, womit sie aber nicht den des kommunistischen Janhagels meint, sondern den der Regierungstruppen. Sie werden indessen bald erfahren, daß der eiserne Besen weiter kehrt, daß er auch die letzten Schlupfwinkel und Waffenlager der spartakistischen Aufrührer reinfegt.

Das Berliner Schlachtfeld.

Was der Berliner kopfschüttelnd, mit dem Eindruck gespenstischer Unwirklichkeit, aus den Moskauer Berichten der Zeitungen las, hat er in der vergangenen Woche erlebt; er kann jetzt, nach dem Kampfe, das Schlachtfeld betrachten. Sechs Tage lang hörte in Berlin der Fall einzelner Stücke, das Pochen der Maschinengewehre, das Dröhnen der Handgranaten nicht auf. Der Gang durch manche Stadtteile war ein Abenteuer, Zeitungsdienst war Kriegsdienst, an Zufällen für manche reicher, als die Stellung im „Felde". Die Zahl der Toten scheint dreistellig zu sein, es gab eine Reihe von Opfern auch unter den Nichtkämpfern. Einige Leute sind in ihren Häusern oder Büros von Geschossen getroffen worden. Ein bekannter Tagesschriftsteller ist verwundet, die Tochter des früheren Staatssekretärs Solf schwer verletzt worden.

Unter den Gebäuden, um die gekämpft ward, ist am schwersten das des „Vorwärts" mitgenommen worden. Ein Teil der Vorderwand ist eingestürzt, eine Mine, die das Haus vom Dach zum Keller durchschlug, hat arge Verwüstung angerichtet. Auch Spuren eines Brandes sind sichtbar. Die monomentale Eckfassade des Mosse-Hauses, Schützen-Jerusalemerstraße ist mit einem phantastischem Aufsatz von Schußverletzungen bedeckt; zum Glück hat keine Granate Löcher hineinreißen müssen. Dagegen sind die Gebäude von Scherl und Ullstein so ziemlich verschont geblieben. Die Schützenstraße trägt ihren Namen jetzt sehr berechtigt; kaum ein Haus ist ohne die weißlichen Spuren der Maschinengewehrschüsse. Allerdings sind es nur Streifen, die vorstehende Ecken und Kanten verletzten: die Schußrichtung folgt dem Zuge der Straße nach Osten. Die Spiegelscheiben eines Geschäftshauses in der Linienstraße, gegenüber der Mündung der Schützenstraße sind denn auch von Einschlägen durchsiebt. In der Wilhelmstraße, der südlichen Friedrichstraße, der Voßstraße, am Anhalter Bahnhof: überall die gleichen Kampfspuren. Das Schloß, schon am 24. Dezember übel zugerichtet, hat bei der Schlacht um das Polizeipräsidium eine verirrte Granate bekommen. Der rote Riesenbau des Polizeipräsidiums selbst ist ebenfalls von Artilleriegeschossen verletzt, namentlich nach der Seite der Alexanderstraße.

Die Lage im Berliner Zeitungsviertel.

Berlin, 13. Januar. (Drahtnachricht). Mit Einbruch der Dunkelheit wurde es im Zeitungsviertel wieder unruhig, und in den späteren Abendstunden, insbesondere zwischen 10 und 11 Uhr war das Schießen ziemlich heftig. Wie man hört, sind in den Bodenräumen einiger Häuser immer noch Reste der Spartakusleute verborgen, die in der Nacht auf die Dächer steigen und von dort die Schutzwachen der Zeitungsgebäude beschießen.

Merkwürdiges Verhalten der Spartakisten.

Man fragt sich in diesen Tagen des Schreckens in Berlin vergeblich, warum sich die Spartakisten in der Hauptsache liberale und demokratische Blätter zur Besetzung ausgesucht haben. Wollten sie vielleicht erreichen, daß die sozialistische Regierung im Falle eines scharfen Auftretens gegen die Terroristen in den konservativen Blättern gelobt werden? Man könnte fast auf den Verdacht kommen, daß es ihnen auch bei ihrer Taktik den Zeitungen gegenüber nur darauf angekommen ist, der Regierung Ebert-Scheidemann nach Möglichkeit neue Schwierigkeiten zu bereiten.

Spartakistische Aufrührer in Stuttgart.

Stuttgart, 10. Januar. Während gestern mittag die von den unabhängigen Sozialisten veranstalteten Kundgebungen ziemlich ruhig verliefen, kam es am Nachmittag, besonders gegen Abend im Weichbilde der Stadt zu lebhaften Kundgebungen hauptsächlich vor dem Ministerium des Aeußern, dem Arbeitsministerium und dem Rathaus. Der Verkehr am Hauptbahnhof wurde auf einige Stunden eingestellt, abends um 6 Uhr wieder aufgenommen, und um 8 Uhr wieder geschlossen, da man eine Ueberrumpelung befürchtete. Das Rathaus wurde von den Spartakisten besetzt und Oberbürgermeister **Lautenschläger** samt dem Gemeinderat für abgesetzt erklärt. Aeußerst unruhig ging es vor der großen Infanteriekaserne zu, wo auch Schüsse fielen und Leuchtraketen aufstiegen. Bis gegen Mitternacht bewegten sich die aufgeregten Massen auf den Straßen und man hörte Rufe: „Hoch Spartakus! Hoch Scheidemann. Zu ernsten Unruhen ist es nicht gekommen. Die Arbeiter von Bosch und Daimler haben die Arbeit niedergelegt. Nach einer vom „Neuen Stuttgarter Tageblatt" veröffentlichten Erklärung ist in gemeinsamer Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- u. Soldatenräte beschlossen worden, die technischen Einrichtungen des Blattes zu benutzen, um zur Durchführung der Forderungen den Arbeitern Erklärungen und Bekanntmachungen in ausreichendem Maße zukommen zu lassen.

Die deutsche Regierung gegen die wirtschaftliche Erdrosselung Deutschlands.

Berlin, 13. Januar. (Drahtnachricht). Die deutsche Regierung hat heute durch die Waffenstillstandskommission in **Spaa** den Vertretern der Entente über die schwebenden Finanzfragen eine Note überreichen lassen, in der es u. a. heißt:

Nach der in **Mainz** über die Anwendung des Artikels 19 des Waffenstillstandsvertrages abgehaltenen Verhandlung hat der Finanzkommissar der Alliierten eine Note übergeben, die das Höchstmaß dessen darstellt, was Deutschland seit Einstellung der Feindseligkeiten zugemutet wird. Es werden darin in sachlicher Beziehung Forderungen gestellt, die in keinem Zusammenhang mehr gebracht werden können zum Art. 19 des Waffenstillstandsvertrages, wonach die Werte, die den Alliierten als Sicherheit aller Entschädigungsansprüche dienen könnten, ihnen nicht entzogen werden sollten. Die Forderung der Entente könne vielmehr dazu dienen, eine finanzielle Sklaverei Deutschlands der Entente gegenüber zu statuieren. Es wird darin in die Privatrechte der deutschen Eigentümer eingegriffen und zwangsweise ein Auslandsmoratorium Deutschlands herbeigeführt. Dabei wird jeder Ausgang fremder Werte in das Ausland von der Genehmigung des Finanzkommissars abhängig gemacht und der Umfang der Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertigfabrikaten nach Deutschland zukünftig von den Alliierten bestimmt werden.

Die deutsche Regierung legt hiermit gegen diese Note nachdrücklichste und ernsteste Verwahrung ein. Sie erklärt, daß sie außerstande ist, die Note anzunehmen. Die Regierung gibt der bestimmten Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß die Alliierten in der Ausführung des Artikels 19 einen Weg finden werden, dem zu folgen die Würde Deutschlands gestattet. Am Schluß der Note heißt es:

Im Vertrauen auf die Note des Staatssekretärs **Lansing** vom 5. 11. haben in Deutschland Heimat und Heer einen weiteren Kampf als unnötig aufgegeben und die Waffen niedergelegt. Wenn jetzt die alliierten und assoziierten Regierungen dadurch, daß sie den Friedensschluß hinauszögern und den Waffenstillstand als Instrument zur vorherigen wirtschaftlichen Erdrosselung Deutschlands handhaben, ihrer in einem der feierlichsten Momente der Geschichte abgegebenen Erklärung entgegenhandeln, so vermag das deutsche Volk darin keine Kriegslist zu erblicken, sondern ein solches Vorgehen erscheint ihm als außerhalb jedes menschlichen Verständnisses und göttlichen Rechts stehend, das jedes Gefühl für eine Versöhnung der Völker ersticken müßte.

Protest der Deutschen demokratischen Partei.

Die Deutsche demokratische Partei hat an die Volksbeauftragten am Freitag den nachstehenden telegraphischen Protest gerichtet:

„Protestieren aufs aller schärfste gegen zahllose Gewalttätigkeiten gegenüber Kandidaten, Anhängern und Geschäftsstellen unserer Partei. Soldatenrat Halle a. d. S. hat Redakteur und preußischen Wahlkandidaten Carl **Helms** in Schutzhaft genommen. In Düsseldorf wurde unser Kandidat zur Nationalversammlung Dr **Brandt**, verhaftet. Seine Verschleppung soll beabsichtigt sein. In Berlin, Halle, Bremen und Düsseldorf wurden unsere Parteibüros gestürmt.

Günstigere Lage um Bromberg.

Bromberg, 14. Januar. (Drahtnachricht). Die militärische Lage um Bromberg hat seit gestern eine Aenderung nicht erfahren. Die Polen haben an keiner Stelle Fortschritte gemacht. Im **Nakeler** u. **Wirsitzer** Kreis herrscht Ruhe und Ordnung.

Deutsche Truppen nahmen von Schneidemühl aus **Samotschin**.

Der Bahnverkehr Bromberg—Schneidemühl—Berlin ist in vollem Umfange wieder aufgenommen und wickelt sich ohne die geringste Störung ab. Entgegen vielfach unzutreffenden, bisweilen phantastischen Schilderungen, die geeignet sind, die Bevölkerung zu beunruhigen, wird wiederholt betont, daß die Entwicklung der Verhältnisse die besten Hoffnungen zuläßt und jede Besorgnis grundlos ist.

Ankunft einer internationalen Ärztekommission in Schneidemühl.

Schneidemühl, 14. Januar. (Drahtnachricht). Eine internationale Kommission, hauptsächlich bestehend aus Aerzten, ist zur Besichtigung im hiesigen Gefangenenlager hier eingetroffen. — In Samotschin fanden kleinere Patrouillengefechte statt, sonst verlief die Nacht ruhig.

Eine englische Kommission in Leipzig.

Leipzig, 13. Januar. (Drahtnachricht). Heute ist eine Kommission englischer Offiziere hier eingetroffen, um die Ernährungsfragen der Stadt einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Die Ereignisse in Duisburg.

Duisburg, 13. Januar. (Drahtnachricht). In der gestrigen Verhandlung im Rathaus zwischen dem Arbeiterrat und den Vertretern der kommunistischen Partei unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters wurde die sofortige Zurückgabe der Polizeiwache und der von der Bürgerschaft abgegebenen Waffen zugestanden. Hingegen erklärte die Polizeiverwaltung den alleinigen Sicherheitsdienst mit der alten Bewaffnung und unter der alten Führung wieder aufzunehmen.

Die Ruhe in Düsseldorf wiederhergestellt.

Düsseldorf, 13. Januar. (Drahtnachricht). Der gestrige Sonntag ist verhältnismäßig ruhig verlaufen. Der zum Zweck des Einspruchs gegen die Gewaltherrschaft des Spartakusbundes unternommene Ausstand der Bahn, Post, des Telegraphen- und Fernsprechamtes wurde beendet, nachdem mit dem Arbeiterrat eine Einigung erzielt worden war. Auch mit den Polizeibeamten wurde gleicherweise eine Einigung erzielt. Sie haben ihren Dienst wieder aufgenommen, nachdem ihre Forderungen bewilligt und ihnen die Waffen wieder ausgehändigt wurden. Die Zahl der Todesopfer von vergangenem Freitag ist auf 12 gestiegen. Das Sicherheitsregiment soll aufgelöst werden und zur Verstärkung der Polizei dienen. Die Hotelbesitzer, deren Häuser, wie gemeldet, aufgrund einer Verfügung des A. u. S.-Rats geschlossen werden sollten, bestreiten in einer öffentlichen Erklärung entschieden, daß aus ihren Hotels geschossen worden ist.

Das Schicksal der deutschen Kolonien.

Berlin, 13. Januar. (Drahtnachricht). Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" teilt mit: In der Presse der Entente wird dafür Stimmung gemacht, Deutschland seiner Kolonien zu berauben. Die Reichsregierung weist demgegenüber darauf hin, daß die Alliierten ebenso wie Deutschland für den künftigen Frieden die Wilsonschen Vorschläge zur Regelung der kolonialen Fragen ohne Einschränkung angenommen haben. Danach ist eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche zugesichert.

Tirol als selbständiger Freistaat?

Innsbruck, 12. Januar. (Drahtnachricht). Wiener Korr.-Büro. Der gestern auf Veranlassung der Tiroler Bauernpartei abgehaltene Bauerntag nahm eine Entschließung an, welche besagt, daß mit dem Wechsel der Dynastie alle rechtlichen Bande, die Tirol mit den übrigen Ländern Oesterreichs verbanden, endgültig gelöst sind und mithin Tirol ein völlig selbständiger Freistaat geworden ist. Das Land besteht daher auf dem uneingeschränkten Selbstbestimmungsrecht.

Flugblätter in Massen verbrannt. In Berlin, am 9. Januar, Droschke mit 4000 Briefumschlägen und 2500 Fragebogen ausgeraubt, Schaden ungeheuer, Agitation für Wahlen erheblich beeinträchtigt. Ersuchen Zentralregierung um schleunigstes Einschreiten, sofortige Freilassung der Verhafteten und Bestrafung der Schuldigen. Deutsche demokratische Partei i. A. Nuschke."

Wie die Reaktionäre den Wahlkampf führen.

Wie die Reaktionäre den Wahlkampf führen, davon einige Beispiele: Landauf, landab behaupten sie, die Deutsche demokratische Partei sei die Gründung des Herrn Teodor Wolff, wobei der antisemitische Seitenblick nie fehlt. Wissen diese Herren wirklich nicht, daß eine Partei überhaupt nicht das Werk einer einzelnen Person sondern der Ausdruck der Gesinnungen und Bestrebungen ganzer Volksschichten ist?

Ein besonderes Agitationsstücklein leisten sich die Potsdamer Rechtsparteiler gegen Dr. Pachnicke. Ihm sagen sie nach, er habe die Beseitigung des Relegionsunterrichts gefordert, und rufen dagegen das christliche Bewußtsein der Mütter auf, usw. In Wahrheit — und die Wahrheit sollte doch auch im Wahlkampfe respektiert werden, — ist Pachnicke für die weitere Erteilung des Religionsunterrichtes in der Schule unter Hervorhebung der sittlichen Werte aller Religionen eingetreten und für die Erteilung des Bekenntnisunterrichtes durch die Kirche, wie sie schon jetzt im Konfirmandenunterrift erfolgte.

So haben es die Konservativen stets getrieben, und nicht einmal die große, sturmbewegte Zeit vermag sie von den kleinen Kniffen abzubringen.

Die Deutschnationale Volkspartei im Spiegel der Vergangenheit.

Die „Deutschnationale Volkspartei" sucht in ihrem neuen politischen Arbeitsprogramm die Vergangenheit totzuschweigen. Ihr Deckmantel als Volkspartei soll frühere Sünden der Konservativen und Rechtsliberalen dem Tageslicht entziehen. Dieses Scheinmanörer aber wird nur wenig glücken, denn man kann von keinem Menschen verlangen, daß er einer neuen Sache blindes Vertrauen schenkt, ohne nach der Vergangenheit geforscht zu haben.

Was lehrt die Vergangenheit?

Graf Westarp führte in einem Vortrage „Deutscher Sieg" in München vom 16. 10. 1917 u. a. aus:

„Die flandrische Küste müssen wir behalten. Wir können diese hochgespannten Kriegsziele auch heute noch erreichen, nur wir müssen jetzt endlich aufhören, vom Frieden zu reden. Der allgemeine Abrüstungsgedanke ist eine Utopie, niemals erreichbar, weil jeglicher Maßstab und jegliche Kontrolle fehlen."

Graf Westarp sagte auf der Landesversammlung der konservativen Partei Württembergs am 14. April 1917:

„Den Machterweiterungsbestrebungen des Reichstags auf parlamentarischem Gebiete setzen wir prinzipiellen Widerstand entgegen. Wenn gesagt wird, das parlamentarische System führe zu einer engeren Fühlung zwischen Volk und Regierung als es bei den fest eingewurzelten Kaiser und Königtum der Fall sei, so könne man das nicht gelten lassen. Das System der kaiserlichen Kommandogewalt hat sich in diesem Krieg vollständig bewährt.

Abgeordneter Fuhrmann sagte im preußischen Abgeordnetenhause am 22. Februar 1917 in seiner Rede über Belgien:

„Jeder auch nur halbwegs zurechnungsfähige Mensch weiß, daß das alte Europa aus dem fürchterlichen Schmelztiegel, in den es die Weltkatastrophe geworfen hat, nicht wieder in der alten Form ersteht, daß es ohne Annexionen nicht abgeht."

Und in der gleichen Rede: „Wenn es aber eine Beleidigung für den Herrn Reichskanzler darstellt, einen Frieden anstreben zu wollen, ohne Landerwerb, ohne Machtzuwachs, dann muß ich sagen: Der Staatsmann der, obwohl die militärische Lage es gestattet, dennoch ohne den Erwerb der für uns notwendigen industriellen und landwirtschaftlichen Gebiete aus diesem Kriege zurückkehren würde, der Briey u. Longwy, wieder aufgeben würde, der Belgien nicht in unserer Hand ließe, der die belgische Maßlinie an Frankreich und die flanderische Küste an England fallen ließe, der ohne das kurländische und litauische Siedelungsland zurückkäme, einen solchen Staatsmann würde die Geschichte den Totengräber deutscher Wohlfahrt und Macht und Größe nennen."

Staatsminister Hergt, erster Vorsitzender der „Deutschnationalen Volkspartei" bemerkte im preußischen Abgeordnetenhaus in seiner Etatsrede am 16. 1. 18: „Jetzt führen sie (die Feinde, Anm. d. Red.) uns gegenüber noch große Worte, aber wir sehen die Not, wenn sie nach der großen Armee über dem Wasser rufen. Nun, meine Herren, die große Armee über dem Wasser kann weder schwimmen, noch fliegen; sie wird nicht kommen, aber unsere Gegner werden uns kommen müssen, und wenn sie dann kommen, dann wird ihr Friedensangebot wesentlich anders lauten, als sie es jetzt in ihrer lächerlichen Ueberhebung uns geglaubt haben zumuten zu können."

Diese Politiker, die somit schuldig sind, an dem Zusammenbruch des alten Systems, wollen dem deutschen Volke einreden, daß sie ihm neue Wege für die Zukunft weisen können?!

Zu den Unruhen in Düsseldorf.

Brüssel, 10. Januar. Reuter. Anläßlich der Unruhen in Düsseldorf haben die dortigen deutschen Beamten sich unter belgischen Schutz gestellt. Der Polizeipräsident und der Oberbürgermeister von Düsseldorf haben die belgischen Behörden ersucht, einzugreifen. Die belgischen Behörden verfolgen die Verhältnisse mit Aufmerksamkeit.

Das Wahlrecht der Deutsch-Oesterreicher zur Nationalversammlung.

Auf mehrfache Anfragen teilen wir mit, daß der „Reichsanzeiger" vor einigen Tagen bereits die Verordnung veröffentlicht hat, nach der die Angehörigen der deutsch-österreichischen Republik, die am 19. Januar 1919 das 20. Lebensjahr vollendet haben, das Recht haben, an den Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung in der Gemeinde teilzunehmen, in der sie innerhalb des Deutschen Reiches ihren Wohnsitz haben. Das Wahlrecht kann auf Grund einer Bescheinigung ausgeübt werden, die von einer in Deutschland befindlichen diplomatischen oder konsularischen Vertretungsbehörde Deutsch-Oesterreich-Ungarns ausgestellt wird.

Auch Luxemburg Republik?

Berlin, 13. Januar. (Drahtnachricht). Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" bringt eine Havasmeldung aus Basel, wonach am 11. Januar in Luxemburg die Republik ausgerufen wurde. Die Großherzogin soll sich auf ein Schloß in der Umgebung der Stadt zurückgezogen haben. Die Kammer hielt eine bewegte Sitzung ab, in der die Katholiken den Saal verließen.

Aus dem Pariser Obersten Kriegsrat.

Amsterdam, 12. Januar. (Drahtnachricht). Reuter meldet aus Paris: Amtlich wird mitgeteilt, daß Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen im Laufe des Nachmittags am Quai eine Sitzung des Obersten Kriegsrates abhielten. Verschiedene von Foch angeregte, mit der Ausführung des Waffenstillstandsvertrages mit Deutschland zusammenhängende Fragen wurden erwogen. Darauf hielt man eine nicht formelle Sitzung ab. Man tauschte Ansichten bezüglich der Arbeitsweise und neuer mit der kommenden Konferenz zusammenhängender Fragen aus. Zugegen waren Wilson, Clemenceau, Orlando, Lloyd George, Pichon, Sonnino, Lansing und Balfour. Foch und die Generäle Elise und Wille Henry Wilson wohnten einem Teile der Verhandlung bei.

Aus Stadt und Land

Thorn, 14. Januar.

— **Aufforderung zum Zusammenschluß aller östlichen Soldatenräte zu einem „Zentralrat Ost."** Der Beamtenstellvertreter Dr. Arno Rebitzki, Mitglied des Soldatenrates der Intendantur 17. Armeekorps, hat an die Vollzugsausschüsse der A.- und S.-Räte Allenstein, Breslau, Danzig, Frankfurt a. O., Königsberg, Stettin, Thorn und Graudenz folgenden dringenden Antrag gestellt: Die drohenden äußeren und inneren Gefahren machen einen sofortigen Zusammenschluß des deutschen Ostens unter einer straffen Leitung erforderlich. Aus den örtlichen A.- und S.-Räten (Vollzugsausschüsse) der östlichen Provinzen soll ein „Zentralrat Ost" gebildet werden, dem die örtlichen Stellen (A.- u. S.-Räte usw.) zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet sind. Er stellt sich nicht neben, sondern unter die Reichsregierung. Durch den Zentralrat wird ein engerer Ausschuß und ein ausführendes Organ gebildet. Ort der Tagung: Marienburg Wpr. Politisches Ziel ist: Aufrechterhaltung der zur Durchführung der Anordnungen der Reichsregierung unbedingt erforderlichen inneren Ordnung: Unterdrückung jeder Bestrebung, deutsche Gebietsteile gewaltsam loszulösen oder der deutschen Regierung zu entziehen; unbedingte Anerkennung der Beschlüsse der verfassunggebenden Nationalversammlung. Dementsprechend bekämpft der Zentralrat Ost mit allen Mitteln nicht nur jede Gewalttätigkeit und Ungesetzlichkeit, sondern auch jede Aufforderung dazu. Die gebildete Unterregierung ist ein Provisorium. Ihrem Charakter würde es nicht entsprechen, die Geschäfte einer Vereinigung abzugeben, die etwa aus den in den östlichen Provinzen zu der deutschen oder preußischen Nationalversammlung gewählten Vertretern bestünde. Eine solche Maßregel würde die einheitliche Regelung der Verfassung und damit die Reichseinheit gefährden. Der Zentralrat Ost bleibt zum Zwecke der Durchführung der Beschlüsse der verfassunggebenden Nationalversammlung und also bis zu ihrer Durchführung bestehen und gibt seine Geschäfte den von ihr eingesetzten Aemtern ab. Richtlinien und Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei, wie sie in der Wirksamkeit der Reichsregierung in die Erscheinung treten, würde bürgen allen Volksgenossen dafür, daß bis zu diesem Zeitpunkte auch nur der Versuch eines Unrechts nach welcher Seite immer ausgeschlossen ist. — Der Antrag ist in der politischen Lage von selbst begründet. Es genügt auf die aller Orten aufflammenden spartakistischen Gewalttätigkeiten, auf die wachsende Polen- und Bolschewistengefahr und die unmittelbar drohende Intervention der Entente hinzuweisen. Für Marienburg Wpr. als Ort der Tagung sprechen folgende Gründe: Zentrale Lage und beste Verbindung, Ausschluß der Möglichkeit, daß eine einzelne Provinz einen überwiegenden Einfluß erlangt; Ausschluß der Gefahr der Arbeitsbeeinträchtigung durch den im Waffenstillstandsvertrag zugestandenen freien Verkehr auf der Weichsel. Die Verständigung der einzelnen Provinzen usw. über den Antrag muß ohne jeden Zeitverlust in der Weise erfolgen, daß eine Stelle, welche die Sache in die Hand nimmt, Delegierte zu den übrigen Beteiligten entsendet. Auf je 50—100 000 Einwohner — wobei die Bevölkerung des abhängigen platten Landes mitzuzählen ist — wird ein Vertreter zu entsenden sein.

— **Großzügiger Grenzschutz unter Hindenburg.** Wolffbüro gibt bekannt: In den nächsten Tagen werden in allen Kreisen Werbestellen eingerichtet werden, denen es obliegt, Freiwillige zum Schutze der Heimat auf Grund des gemeinsamen Aufrufes der Militär- und Zivilbehörden und der Vollzugsräte vom 9. Januar anzuwerben. Zu den Werbestellen werden Kompagniestämme und ausgesuchte aktive Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften geschickt werden, die den Rahmen für die neuen Freiwilligenverbände abgeben sollen. Es ist außerdem erwünscht, daß alle sich im Korpsbezirk aufhaltenden und nicht in hiesigen Truppenverbänden befindlichen aktiven Offiziere, insbesondere ältere Oberleutnants, Hauptleute und Majore, sich bei den nächsten Regimentern ihrer Truppengattung zum Dienst in den Freiwilligenverbänden melden, Offiziere der Kavallerie auch bei den Infanterie-Regimentern. Aeltere Offiziere vom Oberstleutnant aufwärts, die nicht bereits hiesigen Truppenverbänden angehören, melden ihre Bereitwilligkeit für das Freiwilligenheer dem zuständigen Generalkommando unter Angabe ihrer genauen Adresse und eventl. Fernsprechnummer. Festeste Ordnung und Unterordnung ist für diese neuen Verbände unbedingt erforderlich, damit sie eine zuverlässige kampfkräftige Truppe in der Hand der Regierung bilden. Die näheren Anordnungen werden von den Generalkommandos im Einvernehmen mit den zuständigen Vollzugs- und Soldatenräten erlassen werden und können bei allen Landratsämtern, Bezirkskommandos, Werbekommissionen und Truppenteilen eingesehen werden. Auch für die Kavallerie, Feld- und Fußartillerie und für die Pioniere werden in ähnlicher Weise Freiwilligenverbände aufgestellt. Es ist nötig, daß die Freiwilligen, für die zunächst nur ausgebildete Leute in Frage kommen, möglichst vollzählig ihre Entlassungsanzüge, namentlich Mäntel und Stiefel, mitbringen, die von der Militärverwaltung zum Abschätzungswert zurückgekauft werden sollen. Den Oberbefehl über den gesamten Heimatschutz von Schlesien bis Ostpreußen wird Generalfeldmarschall v. Hindenburg übernehmen, der in der nächsten Zeit sein Hauptquartier von Wilhelmshöhe nach dem Osten verlegen wird.

— **Demagogentum und Unaufrichtigkeit"** macht uns das hiesige konservative, jetzt Deutschnationale Blatt zum Vorwurf, weil wir in dem Bericht über die demokratische Versammlung, in der Herr Weinhausen sprach, erwähnt haben, daß der Vertreter des gegnerischen Standpunktes, Herr Staatsanwalt Bennecke, vergeblich versucht habe, den Hauptredner zu widerlegen, und den Saal vorzeitig verlassen habe, da die Versammlung für seine Ausführungen wenig Empfänglichkeit bewies. Demgegenüber will das genannte Blatt feststellen, „daß Herr Staatsanwalt Bennecke sehr lebhaften Beifall erntete, der kaum hinter dem, der Herrn Weinhausen gespendet wurde, zurückstand." Und über Herrn Weinhausens „beifällig aufgenommene Rede" hatte das Blatt in seinem Berichte bemerkt: „Infolge der Heiserkeit des Redners machten denn auch die Ausführungen des früheren Abgeordneten für Danzig keinen sonderlichen Eindruck." Damit sollte der Erfolg des Herrn Weinhausen verkleinert werden. Wie steht es aber dann mit dem Erfolge des Herrn Bennecke, der hinter dem des Hauptredners, nach dem Beifall zu schließen, „kaum zurückstand"? Damit kann es, wenn man die Darstellung der Presse als richtig voraussetzt, folgerichtig nicht allzu weit her gewesen sein. Darüber, daß sich Herr Staatsanwalt Bennecke vor dem Schlußwort des Hauptredners aus dem Saale entfernte, hat bereits Herr Weinhausen selbst an Ort und Stelle seine Verwunderung ausgesprochen, da ein solches Vorgehen nicht der Gepflogenheit entspricht, solange sich die gegenseitige Aussprache in dem Rahmen anständiger Formen bewegt. Daß Herr Weinhausen die Grenzen politischen Anstandes nicht überschritten hat, wird selbst die Gegenseite zugeben müssen. — Ueber unsere Berichterstattung über die Versammlung in Schilno kann die „Presse" kein unparteiisches Urteil fällen, weil sie dabei auf eine einseitige Darstellung angewiesen ist. Hinsichtlich der Berichterstattung der „Presse" über den Hauptredner in der deutschnationalen Versammlung am Sonntag begnügen wir uns mit der Feststellung, daß in dem Bericht mancherlei weggelassen ist, was der deutschnationalen Partei nicht in den Kram gepaßt haben mag. So sagte z. B. Herr Justizrat Wannow über die konservative Partei: Wir haben viele Fehler gehabt. Wir hatten uns fest verlassen auf unser Königshaus. Wir haben uns doch vielleicht getäuscht. Denken wir an Wilhelm I., diese einfache, schlichte Pflichtgestalt, an Kaiser Friedrich, diese ruhige gefestigte Männlichkeit, so wissen wir, was uns an Wilhelm II. u. dem Kronprinzen fehlte. Sie haben uns verlassen in ernster Zeit und die anderen Mitglieder des königlichen Hauses? Prinz Leopold hat sich nicht geschämt und selbst die rote Fahne aufgesteckt. Wenn Prinz Heinrich den anderen Prinzen die Unterwerfung unter den Familienobersten predigte, protestierte wieder ein anderer Prinz dagegen.

— **Zum Bau der Weichselbrücke.** Wie bekannt, plant die Stadtverwaltung den Bau einer neuen Weichselbrücke im Zuge der Seglerstraße. Zur Bestreitung der erforderlichen Kosten für die Einrichtung eines Brückenbauamtes und die nötigen Vorarbeiten hatte schon kürzlich die Stadtverordnetenversammlung einen Kredit von 40 000 Mark unter der Voraussetzung bewilligt, daß die Preußische Staats-Regierung den Betrag der Stadt erstattet. Jetzt hat die Preußische Staatsregierung diese 40 000 Mark der Stadt zur Verfügung gestellt, und zwar 10 000 Mark sofort überwiesen, während weitere 30 000 Mark von der Stadt nach Bedarf angefordert werden können. Der Magistrat hat nunmehr die Pläne für die Brücke im Vermessungsamt (Zimmer 44 des Rathauses) zur Einsicht für jedermann ausgelegt. Desgleichen hat er die ersten Schritte zur Einrichtung des Brückenbauamtes getan, das so bald wie möglich in Tätigkeit treten soll. So wird in Kürze ein langgehegter Wunsch der Thorner Bürgerschaft in Erfüllung gehen und ein neues Wahrzeichen deutscher Geisteskraft in unserer Stadt erstehen!

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Mittwoch, den 15. Januar 1918: Wolkig, teils aufheiternd, leichter Frost.

Leibitsch. Politische Versammlung. Am 13. Januar 1919 hatte die Deutsche nationale Volkspartei zur Gründung einer Ortsgruppe eine sehr stark besuchte Versammlung einberufen. Aus Thorn waren die Herren Petrich und Mittelschullehrer Paul erschienen. Schon die Gründung des Büros machte Schwierigkeiten, da niemand der anwesenden Ortsansässigen sich bereit erklärte, die Leitung zu übernehmen. Der Hauptredner des Abends war Herr Paul, der in bekannt unklarer nicht in die Tiefe gehender Weise das Programm der deutschnationalen Volkspartei entwickelte. Unangenehm unterbrochen wurde er in seiner Rede durch das Erscheinen des deutsch-demokratischen Kandidaten Herrn Besitzer Hackbarth, der mit anhaltendem Händeklatschen und Zurufen von der Versammlung begrüßt wurde. Es blieb Herrn Paul nichts anderes übrig als gute Miene zum bösen Spiel zu machen und Herrn H. auch zu begrüßen. Nach dem Hauptredner sprachen von der Deutschen demokratischen Partei Herr Hackbarth-Gramtschen, Frau Meisel-Thorn, Herr Burdinski-Leibitsch und Kaufmann Dr. Meisel-Thorn, alle unter anhaltendem Beifall der Versammlung. Als Herr Paul das Schlußwort nehmen wollte, protestierte die Versammlung laut dagegen, ihn anzuhören. Auf Ersuchen des Herrn Hackbarth, den Redner ruhig anzuhören, er könnte doch wohl niemanden der Anwesenden, die sicher zu 99 Prozent Demokraten wären, in ihrer Ueberzeugung wankend machen, bezweifelte Herr Paul daß so viel Demokraten im Saale wären. Herr Hackbarth brachte ihm den schlagenden Beweis dadurch, daß er alle Demokraten aufforderte, mit ihm den Saal zu verlassen. Außer dem Ehepaar Paul und Herrn Petrich blieben nur noch fünf Menschen im Saal. Ob Herr Paul diesem stattlichen Publikum gegenüber, das ihm noch verblieb, die schöne Schlußrede hielt und seinem gepreßten Herzen Luft machte?

Culmsee. Einbrüche. Ein Einbruch wurde der „Culmseer Ztg." zufolge in der Freitagnacht vergangener Woche bei dem Gastwirt R. Leibrandt verübt. Nachdem die Diebe nach Entfernung des Kellerfensters zum Keller eingestiegen, raubten sie alles, was sie vorfanden, Schinken, Fett, Cognac, Nudeln, Grütze, Erbsen usw. Außerdem wurden in derselben Nacht in der Concordia und bei dem Bürstenbinder Staar Diebstähle verübt. In der Nacht von Sonntag zu Montag ist bei dem Uhrmacher Golembiewski eingebrochen worden. Eine Menge Uhren, Ringe, und andere Gold- und Silbersachen sind aus dem Laden entwendet worden.

Graudenz. Butterdiebstahl im großen. Von den für die Stadt Graudenz zur nächsten Butterverteilung bestimmten 34 Faß Butter sind auf der Eisenbahn von Konitz bis Graudenz 26 Faß gestohlen worden und bisher unauffindbar, sodaß der Stadtkreis Graudenz ohne Butter sein wird.

Marienburg. Flüchtlingselend. Mittwoch vormittag traf in Marienburg eine größere Anzahl Flüchtlinge, Frauen, Männer und Kinder, ein. Drei Monate und länger sind diese Bedauernswerten auf der Reise von Sibirien nach Deutschland unterwegs. Gehetzt von den Kosakenbanden, haben sie alles im Stich lassen müssen. Einen ergreifenden Anblick bieten die heruntergekommenen Gestalten, die nun heimatlos in der Welt umherirren.

Marienburg. Zur Abwehr der Polengefahr haben sich, wie in einer Versammlung der Mehrheitssozialisten mitgeteilt wurde, Angehörige der Marine zur Verfügung gestellt; es soll ein Fliegerdienst eingerichtet werden. Gegen die Einführung der Zwangsvolkswehr wurde protestiert und beschlossen, den A.- und S.-Rat zu ersuchen, „daß die Bekanntmachung betr. zwangsweiser Bildung der Volkswehr sofort aufgehoben wird, da für den Zwang jede gesetzliche Grundlage fehlt. Es soll eine freiwillige Bürgerwehr gebildet werden, und zwar von der Stadt. Die Arbeiterschaft protestiert, daß ihre Freiheit eingeschränkt wird."

Danzig. Gegen die Eingriffe des A.- u. S.-Rats. Die Freitag versammelten Delegierten der Beamtenräte der Behörden Danzigs erheben einmütig scharfen Einspruch gegen den von dem Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats in Danzig gefaßten Beschluß wegen Amtsenthebung des Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten und Landeshauptmanns. Die Erregung der gesamten Beamtenschaft der Provinz namentlich auch der hier vertretenen Betriebs- und Verkehrsverwaltung über die aus solchem Beschluß erwachsenden großen Gefahren ist ungeheuer. Die schon sehr gefährdete Ruhe, Ordnung und Sicherheit in der Provinz wird vollends erschüttert, die äußeren Gefahren werden vermehrt, die Erledigung der laufenden Geschäfte wird gestört. Derartige Eingriffe in das Gefüge des Beamtenkörpers, der mit der heutigen Regierungsgewalt bisher in treuer Pflichterfüllung gearbeitet hat, bedrohen das Heil des Ganzen. Wir bitten dringlich, dem Antrage des hiesigen Bezirksausschusses nicht stattzugeben. Im Auftrage: Ziehm, Verwaltungsgerichtsdirektor.

Danzig. Spartakus in Danzig. Es scheint Tatsache zu sein, daß auch in Danzig Spartakisten nach bolschewistischer Art und mit

ausländischem Gelde arbeiten. Die Bürgerwehr hat dem „Gef." zufolge eine Tatsache aufgedeckt, die zu denken Anlaß gibt und zu Gegenmaßnahmen zwingt. Im Wilhelmtheater machten sich zwei Soldaten bemerkbar, die sich als Mitglieder des Soldatenrats der 128er ausgaben. Sie verteilten unter das Publikum neue Zweimarkscheine und machten eine Zeche von 200 Mark. Sie erzählten, daß sie mit den Bolschewiki in Verbindung ständen und von ihnen viel Geld erhielten. Sie würden auch in Danzig etwas unternehmen. Zwei Danziger Regimenter ständen auf ihrer Seite. Das Stichwort sei „Hansa". Zum Zeichen würden die Glocken geläutet werden. Die Bürgerwehr verhaftete die beiden Personen, die sich Hasemann und Buchholz nannten. Sie benahmen sich sehr ungebärdig und stießen schwere Bedrohungen gegen die Bürgerwehr aus. Man fand bei ihnen den Betrag von 1330 Mark vor und Zettel, die auf eine Verbindung mit den Bolschewiki hindeuteten.

Danzig. Zur Verteidigung des Deutschtums. Auf einer allgemeinen Versammlung der Studierenden der Danziger Technischen Hochschule wurde am 4. Januar 1919 folgende Erklärung einstimmig angenommen: „Als Bollwerk des Deutschtums im Osten gegründet, steht die Danziger Technische Hochschule inmitten der Gefahr, die der Heimat von polnischer Anmaßung droht. Unverbrüchliche Treue und Pflichtgefühl veranlassen uns Danziger Studenten zu dem Gelöbnis an die Reichsregierung, für die Verteidigung des Deutschtums mit unserem Leben nach wie vor einstehen zu wollen. Der Ausschuß der Studierenden. J. A. Langkeit."

Allenstein. Regierung gegen Zensur. Die sozialistische Reichsregierung hat den Allensteiner Zeitungen in loyaler Weise ihr Bedauern über den vom Vollzugsausschuß 20. A.-K. verübten Eingriff in die Pressefreiheit und in das Recht der freien Meinungsäußerung durch das rechtswidrige Verbot der beiden Blätter mit nachstehenden Worten ausgesprochen:

„Wir bedauern außerordentlich das Vorkommnis, umsomehr, als wir schon verschiedentlich sowohl durch Depeschen wie auch durch Zeitungserlasse darauf hingewiesen haben, daß den Arbeiter- u. Saldatenräten keinerlei Recht zum Eingriff in die von uns verkündete Pressefreiheit zusteht."

Zugleich übermittelte der Rat der Volksbeauftragten die Abschrift der telegraphischen Weisung, die die Reichsregierung alsbald nach Bekanntwerden des Vorfalles an den Allensteiner A.- und S.-Rat erlassen hat:

Wir bitten auf das Entschiedenste, jeglichen Eingriffes in die Pressefreiheit, die wir garantiert haben, sich zu enthalten. Scheidemann.

Königsberg. Gegen den Bolschewismus. Die Königsberger Bürgerschaft veranstaltete Montag mittag einen nach vielen Tausenden zählenden Umzug durch die Stadt, um den festen Willen zu bekunden, Ostpreußen durch einen starken Heimatschutz gegen die drohende Gefahr des Bolschewismus zu schirmen. In dem Zuge befanden sich alle bürgerlichen Parteien, Akademiker, Verwaltungsbehörden, unter ihnen der Oberpräsident, der Regierungspräsident und der Polizeipräsident sowie die städtischen Behörden, Vereine, Soldaten und zahllose andere Männer- und Frauenvereine. Der Vorbeimarsch währte über eine Stunde. Auf dem Paradeplatz wurden Ansprachen gehalten, Hochs auf Hindenburg ausgebracht und zum Schluß „Deutschland, Deutschland über alles" gesungen. Als der Zug sich aufgelöst hatte, kam es zu einem bedauerlichen Zwischenfall, in dessen Verlauf der Versuch gemacht worden sein soll, Sicherheitsbeamten die Waffen zu entreißen. Diese gaben eine Anzahl Schüsse ab, durch die ein Beamtenstellvertreter getötet und ein Landsturmmann schwer verletzt wurde.

Königsberg. Ohne Bezahlung kein Trauergleit. Ueber die gegenwärtige unwürdige Art der Bestätigung von Feldgrauen, die in hiesigen Lazaretten an im Kriege erlittenen Verwundungen oder Krankheiten sterben, wurde in der am Donnerstag in der Börse abgehaltenen Versammlung der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer lebhaft Klage geführt. Es wurde, wie die „Königsb. Hart. Ztg." mitteilt, darauf hingewiesen, daß Leichen von Kameraden, die ihr Leben für das Vaterland eingesetzt und gelassen haben, zu zweien und dreien auf gewöhnlichen Rollwagen von den Lazaretten aus nach dem Friedhof gefahren werden, während bisher wenigstens einige dazu kommandierte Soldaten den verstorbenen Kameraden das letzte Geleit gaben. Wie mitgeteilt wurde, verweigern jetzt manchmal die aufgeforderten Soldaten ihren verstorbenen Kameraden die letzte Ehrenbezeugung. Sie erklären, dieselbe nur leisten zu wollen, wenn sie dafür — Bezahlung erhalten. Da für diesen Zweck Mittel überhaupt nicht bereitstehen, werden die Kriegerleichen in der geschilderten Weise nach dem Kirchhof geschafft. Gegen das pietätlose unwürdige Verhalten der Kameraden wird die hiesige Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer beim Soldatenrat vorstellig werden.

Nakel (Netze). Unvorsichtiges Spielen mit Patronen. Das etwa 10jährige Kind des Landwirtes Cwikla zu Brückenkopf bei Nakel spielte mit Patronen. Diese explodierten in der Hand der Kleinen. Die Hand wurde zerrissen und ein Splitter drang ihm in die Brust. Der herzugerufene Arzt ließ das Mädchen in das Krankenhaus nach Nakel bringen.

Bromberg. Deutsch-demokratische Partei. Zu einer großen Kundgebung für die Deutsch-demokratische Partei gestaltete sich der „Ostd. Rdsch." zufolge die am Donnerstag im Hotel „Adler" abgehaltene Wählerversammlung. Es sprach der als Kandidat für die Nationalversammlung aufgestellte Regierungsassessor Heidsieck aus Posen über die Ziele der Deutsch-demokratischen Partei. Der Redner betonte den nationalen Standpunkt und die Forderungen der Deutsch-demokratischen Partei und beleuchtete die Ziele der anderen Parteien. Bei dieser Gelegenheit stellte er besonders die Stellung des „Berliner Tageblatts" zur Partei dar, indem er hervorhob, daß dieses Blatt in keiner Beziehung zur Deutsch-demokratischen Partei stehe, und nicht etwa, wie dieses vielfach angenommen würde, ihr Parteiorgan sei. Keineswegs dürfte man die Deutsch-demokratische Partei, die auf das „Berliner Tageblatt" selbst nicht den geringsten Einfluß habe, für etwaige Auswüchse, die sich dieses Blatt hin und wieder leiste, verantwortlich machen. Der Redner schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, am 19. Januar die Kandidaten der Deutsch-demokratischen Partei zu wählen, und erntete reichen Beifall. Als zweiter Redner sprach Justizrat Baerwald-Bromberg, der auch als Kandidat für die Nationlversammlung aufgestellt ist. Er beschäftigte sich in seinem Vortrag insbesondere mit den Aufgaben der Nationalversammlung und legte, die Nationalversammlung von 1848 vergleichsweise heranziehend die Wichtigkeit derselben klar. Auch dieser Redner erntete reichen Beifall.

Czersk. Blutige Zusammenstöße. Hier ist es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polen und Deutschen gekommen. Die Polen verlangten, daß das Kommando der 175er, welches in Czersk stationiert ist, die Stadt sofort verlassen soll. Ein Hauptmann, der beauftragt war, Verhandlungen darüber zu führen, wurde von einer größeren Anzahl polnischer Soldaten überfallen und entwaffnet. Die in Czersk befindlichen Truppen suchten den Hauptmann zu befreien. Bei dieser Gelegenheit wurde auf sie geschossen und ein Leutnant der 175er sowie ein Unteroffizier verwundet. Die Polen konnten sich vorübergehend in den Besitz verschiedener öffentlicher Gebäude setzen, wurden aber von den 175ern wieder verjagt, die am Schluß Herr der Stadt blieben.

Posen. Befreiung der Gefangenen. In der Neujahrsnacht drang eine etwa 60 Mann starke bewaffnete Abteilung in das hiesige Gerichtsgefängnis, bemächtigte sich der Zellenschlüssel und befreite sämtliche Gefangene auch die Schwerverbrecher, darunter die wegen Mordes an der Frau Kusik in der Ziegelstraße zum Tode verurteilte Witwe Sinochrowicz und die in der letzten Schwurgerichtsperiode wegen der Bluttat in der Großen Berliner Straße zu schweren Zuchthausstrafen Verurteilten.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Die in Ihrer geschätzten Zeitung in letzter Zeit sich wiederholende Rüge, daß das Orchester des Stadttheaters nicht mehr in dieser Besetzung genüge, zwingt mich zu nachstehender Erklärung: Wie in den Vorjahren, so habe ich auch für die Spielzeit 1918/19 mit dem Musikchor des 176. Inf.-Regts. einen bindenden Vertrag geschlossen, der vom General-Kommando in Danzig genehmigt wurde. Nach Einsetzung des Soldaten-Rates erklärten mir die Musiker, daß sie außer Dienst keine Verpflichtung mehr hätten, ihre Tätigkeit auszuüben, auch nachdem ich mich bereit erklärte, alle ihre event. Forderungen zu bewilligen, setzten sie meinen Anerbietungen „Streik" entgegen.

Nach vieler Mühe gelang es mir endlich durch Annoncen und Verbindungen, eine kleine aber künstlerisch gute Kapelle (französische Besetzung) zusammenzustellen, der selbst der Obermusikmeister Böhm als Cellist angehört.

Dankbar würde ich jedem sein, der zur Vergrößerung des Bestandes dienlich wäre, für die in Frage kommenden musikalischen Werke finde ich als alter Fachmann aber, daß die Kapelle in dieser Besetzung vollkommen ausreicht.

In unserer trostlosen Zeit, wo allen Mißhelligkeiten Rücksicht geübt wird, darf ich doch wohl ebenfalls Anspruch darauf erheben.

Bemerken muß ich noch, daß diese Kapelle von 8 Mann ohne Kapellmeister dieselben Bezüge hat, wie eine frühere von 20 Mann hatte.

Hochachtungsvoll
H. Haßkerl.

Sehr geehrte Redaktion!

Der Vortrag der Deutschnationalen Volkspartei am Sonntag war genau so, wie ich ihn mir schon im voraus gedacht habe. Es war weiter nichts als ein betäubendes Säbelrasseln wie man dies von den Prahljunkern schon immer gewöhnt ist. Noch habe ich nicht ein einziges Mitglied dieser Partei im Einzelgespräch über Politik anders kennen gelernt, als daß man entweder ohne sich zu mucken, auf seinen Standpunkt stellen muß, oder es ist dann mit aller Freundschaft zu Ende und seine Ohnmacht rettet sich dann in ein Zeter und Mordio hinüber. Und das soll die jetzt von der Partei zum Ueberdruß gepredigte Christenliebe sein? Das ganze Parteiprogramm strotzt ja von sehr schönen, aufs sorgfältigste zusammengesuchten Worten, aber das große Herz, das dahinter steckt, ist so öde und leer. Was ich aus dem Getöse des Vortrags des Hauptredners entnommen habe, das war ein widerspruchsvolles Durcheinander. Da hörte man ein reuiges Sündenbekenntnis aber auch gleichzeitig ein Absprechen jeder Sünde, die auf die Partei gedeutet werden könnte. Die anderen waren es ja, die diese Sünden begangen haben, der „Vorwärts" und das unglückselige „Berliner Tageblatt". Die deutschen Diplomaten hat Herr Wannow zuerst als die deutschen Sündenböcke hingestellt, aber bald gingen diese Junker wieder als die Besten des deutschen Volkes aus Herrn Wannows Taufe hervor. Was jedoch jedes ruhige Denken in diesem Vortrage vermissen ließ, das war die Erstaunen erregende Kritik über das arme Hohenzollernhaus. Also dieselbe Partei, die noch vor einigen Wochen sich als die einzige Schützerin des Thrones brüstete, alle anderen Meinungen, Verbesserungen und Warnungen als umstürzlerische Ideen brandmarkte, erklärt jetzt daß die Säulen des Thrones höchst morsch waren und der geschworenen Stütze unwürdig. Sie erklärt, Wilhelm 2. und der Kronprinz sind Männer, die nicht am richtigen Platz standen. Im gleichen Atemzuge ist sie aber auch wieder monarchisch gesinnt, wie stimmt denn das alles zusammen? Will diese Partei denn etwa nur alle 100 Jahre einen Monarchen wie Friedrich 2. oder Kaiser Wilhelm 1. auf dem Thron wissen und die Zwischenzeit bis zur Entdeckung eines ihr passenden Prätendenten mit einem ihrer Säbelraßler, wie Herr Heydebrand usw., diese Lücke ausfüllen? Da behaupte ich fest, daß das monarchische Gefühl eines jetzigen Deutsch-Demokraten bis zum 9. November treuer stand und jetzt die nationalen Flammen sein Herz nicht minder erfaßt haben. Auch die Blauen Jungens wurden von Herrn Wannow trotz ihrer unvergleichlichen Leistungen im U-Bootskrieg (Skagerrak usw.) durchweg ohne Gnade in die Verdammnis geschickt. Aber daß die Wurzel zu dieser Matrosenentwicklung bis im Tirpitz und in den Alldeutschen zu suchen ist, das werden die Deutschnationalen wieder durch Schreien zu betäuben suchen. Mit 42 U-Booten fängt man keinen unumschränkten U-Bootskrieg gegen die ganze Welt an. Andernfalls muß ich den Ausführungen des Herrn Wannow beistimmen, daß es bei den Uebergebildeten da oben manchmal nicht stimmte. Auch die Schlachtflotte war dem Feinde gegenüber nicht gewachsen. Das alles war den Matrosen ebenso gut bekannt, wie den Herren Uebergebildeten. Dazu hatten die blauen Jungens in den viereinhalb Jahren Zeit genug sich selbst ein Urteil aus den vorliegenden Tatsachen zu bilden, um sich nicht nutzlos und verblendet dem Verderben entgegenführen zu lassen. Hier war also auch die überhebende Offizierseele von der unterordnenden Mannschaftsseele durch eine Kluft getrennt, sonst hätte auch diese Gefahr durch kameradschaftliches Verhalten rechtzeitig erkannt und verhindert werden können. Die christliche Liebe bei den Deutschnationalen scheint nur in Worten zu liegen, denn in der Tat konnte man in dieser Versammlung sogar feststellen, daß sie dem sozialdemokratischen Redner das Händefalten auf dem Podium recht übelnahm. Alles in allem muß ich sagen, daß ich und so manch anderer Zuhörer aus dieser Versammlung nur fester und entschlossener zur Deutsch-demokratischen Partei halten werden. B.

Die Deutsch-nationale Volkspartei brauchte ihren „großen Tag" und holte sich Herrn Wannow aus Zoppot. Die Flut der so oft widerlegten und durch ihre Wiederholung nicht richtiger werdenden Anwürfe gegen die Deutsche demokratische Partei ergoß sich über uns. Da es der Bescheidenheit der Zuhörer genügte, hatte Herr Wannow recht und brauchte seine sicher tiefer gehenden Kenntnisse nicht hervorzuholen.

Aber einige gar zu hahnebüchenen Unrichtigkeiten verdienen doch hervorgehoben zu werden:

1. Herr Wannow sagte wörtlich: „Die Liberalen haben alles bekämpft, was Deutschland groß, herrlich und stolz gemacht hat."

Ist dem Herrn Wannow wirklich nicht bekannt, daß Deutschlands Einheit von liberalen Männern erdacht, erstritten, ersessen und herbeigeführt wurde? Ist es dem Herrn Redner wirklich nicht bekannt, daß Deutschlands Wissenschaft u. Kunst, Deutschlands Wachstum und Aufblühen gegen die Dunkelmänner von rechts von liberalen Männern in vierzigjähriger Arbeit geschaffen und erhalten wurde? Simson, Reuter, Bennigsen, Lasker, Richter, Virchow, Ballin, Rathenow — um nur einige Namen zu bringen!

2. Herr Wannow scheute sich nicht, den Mitgliedern der Deutschen demokratischen Partei das Nationalgefühl abzusprechen. Warum? Weil sie nicht bei passender und unpassender Gelegenheit Hurrah schrien und deshalb nicht nötig hatten, dem jetzt landesflüchtigen Kaiser „schmähliches Imstichlassen" vorzuwerfen? Oder weil unsere Männer, Söhne und Brüder zu Hunderttausenden gefallen und verstümmelt sind?

Doch genug, es lohnt wirklich nicht, diesen öden Gemeinplätzen weiter nachzugehen. Man hörte Worte nicht Gründe, es lohnte daher keine Widerlegung, sondern es genügt diese kurze Feststellung.

Aus aller Welt.

Was die neue „Sicherheit" kostet.

In Steglitz ist eine Polizeitruppe von 40 Mann aufgestellt worden, die zu je zwei Mann, besonders in der Nacht, die Straßen beaufsichtigen soll. Jeder der 40 Mann erhält, der „Deutschen Tagesztg." zufolge, einen Sold von täglich 14 Mark, was für die Gemeinde eine tägliche Ausgabe von 560 Mark und für jeden Sicherheitsmann ein Jahresgehalt von 5110 Mark ausmacht. Die ganze Polizeiruppe verursacht dem Gemeindesäckel mithin eine Jahresausgabe von 204 400 Mark.

Weiße Kanarienvögel.

Nach langen Bemühungen ist es einem Kanarienvogelzüchter gelungen, ein nicht alltägliches Kuriosum der Vogelwelt ins Leben zu rufen. Er hat eine Varietät schneeweißer Kanarienvögel gezüchtet. Der Versuch gelang, als der Züchter nach langem Suchen ein paar Kanarienvögel zusammenbrachte, deren Gefieder die bleichste Farbe zeigte, die nach langem und sorgfältigem Suchen überhaupt nur zu erlangen war. Die beiden ohnehin nur kaum noch gelblichen Vögel pflanzten sich fort, und der Nachwuchs dieses Paares zeigte ein fleckenlos reines, von keinem gelben Einschlag mehr getrübtes Weiß. Aehnliche Versuche mit anderen gefiederten Tieren haben bisher noch kein günstiges Ergebnis gezeitigt, wenn man ein solches überhaupt ein günstiges nennen darf, da derartige Spielereien ja letzten Endes doch nur auf irgendeine Degenerierung der Art hinauslaufen.

Neueste Nachrichten.

Der „Kaiser der Sahara" von seiner Frau erschossen.

Newyork, 12. Januar. (Drahtnachricht). Reuter. Der Millionär Jacques Lebaudy, der sich früher „Kaiser der Sahara" nannte, ist von seiner Frau erschossen worden. Sie wird bewacht. Da sie zusammengebrochen ist, vermag sie noch keine Aussagen zu machen. Frau Lebaudy hatte fünf Schüsse abgegeben, die sämtlich trafen.

Ausbreitung des schwedischen Arbeiterstreiks.

Stockholm, 13. Januar. (Drahtnachricht). Der Streik der schwedischen Seeleute dauert an; auch in den andern Arbeitskategorien greift die Streikbewegung um sich besonders bei den Telefon- und Telegraphenarbeitern. Die Verhandlungen wegen der Forderungen der Lokomotivarbeiter werden fortgesetzt.

Rücktritt des amerikanischen Generalanwalts.

Newyork, 12. Januar. (Drahtnachricht). Aus Washington wird gemeldet, daß der Generalanwalt der Vereinigten Staaten zurückgetreten ist.

Zur

Gründung eines deutschen Volksrates

der in dieser Zeit schwerer Bedrängnis die Interessen des bedrohten Deutschtums in unserer Ostmark vertreten und zugleich zur Wahrung von Ruhe und Ordnung darauf hinwirken soll, das in Thorn bisher aufrechterhaltene friedliche Verhältnis zwischen deutscher und polnischer Bevölkerung durch möglichste Verhütung von Reibungen auch weiterhin zu sichern, werden alle deutschen Männer und Frauen auf

Donnerstag, den 16. Januar, abends 8½ Uhr

nach dem großen Saale des **Artushofes** eingeladen.

Deutsche Volksgenossen, folgt zahlreich dem Rufe zu dieser Versammlung.

Oberlehrer **Dr. Albrich.** Justizrat **Aronsohn-** Frau **Barnaß.** Proviantamtsdirektor **Becker.** Kommerzienrat **Dietrich.** Kaufmann **Georg Dietrich.** Buchdruckereibesitzer **P. Dombrowski.** Oberpostassistent **Felske.** Kaufmann **Fromberg** Gymnasialdirektor **Ganske** Photograph **Gerdom.** Major **Gröling.** Uhrmacher **Grunwald.** Festungsbauhauptmann **Heinrich.** Stadtrat **Hentschel.** Professor **Hirschberg.** Baugewerksmeister **Ewald Hoffmann.** Rechtsanwalt **Hoffmann** Tischler **Hinz** Garnisonverwaltungsdirektor **Johr.** Seminardirektor **John.** Kaufmann **Ed. Kittler.** Kaufmann **Herm. Kuttner.** Kaufmann **Adolf Krause.** Kreisbaumeister **Krause.** Feldwebel **Kremin.** Kaufmann **Paul Meyer.** Klempnermeister **Meinas.** Frau **M. Model.** Amtsgerichtsrat **Mürau** Kaufmann **Murzynski.** Mittelschullehrer **Paul.** Sekretär **Maximilian Polzin.** Justizrat **Radt.** Feldwebel **Resa.** Chefredakteur **Schmid** Kalkulator **Schultze.** Frau **von Tadden.** Monteur **Helm Tonn.** Seminardirektor **Wacker** Chefredakteur **Wartmann.** Stadtrat **Weese.** Medizinalrat **Dr. Witting.** Sanitätsrat **Dr. Wolpe.**

Bis zum 20. d. Mts. sind die

Einkommensteuer-Erklärungen

von den Personen abzugeben, die für 1918 von einem Einkommen von mehr als 3000 M veranlagt waren. Auch Anträge auf Verlängerung der **Frist sind** bis zu diesem Tage zu stellen. **Wer** die Frist versäumt, hat einen Zuschlag von 5% verwirkt.

Vordrucke sind im Staatssteuerbüro im Rathause, 2 Stock, Zimmer 51, zu haben.

Der Vorsitzende d. Einkommen-Steuer-Veranlagungs-Kommission für den Stadtkreis Thorn.

Stachowitz.

Bekanntmachung.

Wegen des Kanalbaues wird die Bergstraße von der Konduktstraße bis Ulmen-Allee bis auf weiteres für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Der Verkehr zwischen Culmer-Chaussee und Graudenzerstraße muß in dieser Zeit auf der Kondukt- und Rayon- oder auf der Ritter- und Bornstraße stattfinden.

Thorn, den 11. Januar 1919.

Die Polizei-Verwaltung.

Die Brennspiritusmarken-Ausgabe

findet für **Säuglingsmütter** am

Mittwoch, den 15. Januar

im Verteilungsamt II, Brückenstr 13, **in der Zeit von 12 bis 2 Uhr** nur auf Grund der neuen Bezugsausweise statt.

Bis 2 Uhr nicht abgeholte Marken werden sogleich an andere Bezugsberechtigte verteilt.

Empfangsberechtigt sind nur die Inhaber der Bezugsausweise **Nr. 1 bis 600.**

Verfügbar sind im ganzen 750 Marken.

Für **andere Empfangsberechtigte** verbleiben mithin nur noch 150 Marken, die **von 2 bis 3 Uhr** zur Ausgabe gelangen sollen.

Bei der Verteilung dieser Marken werden nur solche Personen berücksichtigt, die bei den **beiden letzten Ausgaben** leer ausgegangen sind. Den Anordnungen der mit dem Ordnungsdienst beauftragten Beamten ist im Interesse einer unbehinderten Abfertigung unbedingt Folge zu leisten.

Während der Zeit von 12 bis 3 Uhr werden im Verteilungsamt II nur Spiritusmarkenempfänger abgefertigt.

Thorn, den 14. Januar 1919.

Der Magistrat.

Der Arbeiter- u. Soldatenrat.

Versteigerung.

Freitag, den 17. d. Mts Vorm. 11 Uhr sollen hier im **Winterhafen** eine Kahnladung enthaltend:

40 000 Stück 1½"

Drainröhren

13 000 Stück 7"

Drainröhren

öffentlich meistbietend gegen gleich bare Zahlung versteigert werden.

Thorn, den 14. Januar 1919.

Rudolf Asch,

Speditionsfirma.

Lehrlinge

verlangt **Emil Sokkütze,** Glasermeister, Klosterstraße 8.

Die Lieferung der

Mazzos

für das Passahfest 1919 an die Mitglieder unserer Gemeinde erfolgt in diesem Jahre ebenfalls **nur** gegen die von uns zu beglaubigenden Bestellscheine und nur gegen Verzicht auf die für die Festwoche entfallenden Brotmarken.

Sämtliche Bestellscheine müssen an uns spätestens am 21. Januar 1919 abgeliefert werden.

Die Gemeindemitglieder, welche **Mazzos** zu beziehen wünschen, werden aufgefordert, die Bestellscheine in unserem Gemeindebüro bis zum 25. Januar 1919 unter Vorlegung der Brotkartenausweise in Empfang zu nehmen. Nach Ablauf dieser Frist können Anträge auf Mazzoslieferung nicht mehr berücksichtigt werden.

Thorn, den 14. Januar 1919.

Der Vorstand der Synagogengemeinde.

Angesehene **chemische Fabrik** sucht für den Vertrieb ihrer erstklassigen Fabrikate (techn. Oele und Fette, chem.-techn. Bedarfsartikel, Waschmittel usw.)

tüchtige Provisions-Vertreter

die bei der einschlägigen Kundschaft gut eingef. sind.

Heinrich Sens, Leipzig,

Burgstraße 33,

Chem. Fabrik Oelwerke.

Telephon 206 und 174.

Telegramm-Adresse: **Sensheinrich.**

Schneidergeselle

sucht **Benjamin,** Schillerstraße 14, I.

Lehrling

Sohn achtbarer Eltern, welcher Lust hat **Optiker** zu lernen, evtl. mit Beköstigung, kann sofort eintreten bei

Optiker Seidler, Thorn

Altstädt. Markt 14, neben der Post.

Tischlerlehrlinge

gegen Kostgeld können sofort eintreten. **Mondry,** Tischlermeister, Gerechtestraße 29.

Saubere, tüchtige

Aufwärterin

gesucht. **Kakaoniederlage Reichardt.**

Zu erfragen **Breitestraße 42 II.**

Eine bessere, alleinstehende Frau **oder Fräulein** als

Aufwartung

von sogl. gesucht **Mellienstr. 185.**

Waschfrau gesucht

Ruhmann. Hindenburgstr. 2.

Junger Kaufmann

(Soldat) sucht Nebenbeschäftigung in den Abendstunden. Gefl. Off. unt. **U. 203** an die Gesch. dies. Ztg.

Kontrollkassen

National Totaladdierer ältere und neuere Modelle kaufen wir gegen bar. Offerten unt. **Ta. 4. 127** an **Rudolf Mosse, Berlin W.** Tauentzienstraße 2

Zu verkaufen:

ein neues schwarzes **Klavier.**

Podgorz, Ringstraße, neben der Wache 2, bei **Grunau.**

Westpreußischer Viehhandelsverband Danzig.

Auf Grund der Anordnung der Provinzial-Fleischstelle für die Provinz Westpreußen in Danzig vom 31. Dezember 1918 haben wir anstelle des bisherigen Hauptaufkäufers im Stadtkreise Thorn den

Viehhändler Stanislaus Jaugsch in Thorn

als unseren Vertrauensmann bestellt.

Sämtliches von den mit einer Ausweiskarte versehenen Mitgliedern des Verbands oder die Inhaber von Nebenkarten angekaufte Schlachtvieh ist vom 5. Januar 1919 ab an diesen abzuliefern.

Danzig, den 5. Januar 1919.

Der Vorstand.

Veröffentlicht.

Thorn, den 10. Januar 1919.

Der Magistrat. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

DD P

Keine Angst! Kein Kleinglaube! Deutschland wird wieder groß und stark.

Keine Stimme für die deutschnationalen Kriegsverlängerer!

Keine Stimme für die sozialistischen Gewaltpolitiker!

Wählt demokratisch!

Helft dem Bürgertum zum Sieg!

Der demokratische Stimmzettel beginnt mit dem Namen

Weinhausen.

Landwirte!

Laßt sofort durch Vertrauensmänner die

Stimmzettel abholen.

Geschäftsstelle der deutschen demokratischen Partei

Coppernikusstraße 14 II.

Achtung! Aufmerken!

1. Gehe am **19. Januar** möglichst frühzeitig zur Wahl. Du erleichterst dadurch uns die Arbeit des Heranholens der Lässigen und Lauen.
2. Beachte, daß der Wahlzettel der **Deutschen demokratischen Partei mit dem Namen**

   Weinhausen

   beginnt.
3. Stecke in den Dir im Wahllokal übergebenen amtlichen Umschlag nur **einen** Zettel.
4. Vermeide **alle Streichungen auf dem Wahlzettel,** er wird sonst ungültig.
5. Sorge dafür, daß in Deiner Familie und in Deiner Hausgemeinschaft **jeder für die Zeit des Wählens abkömmlich ist.**
6. **Bringe Aengstliche,** ältere **Frauen** und Männer 2c. selbst **mit dem richtigen Wahlzettel zur Wahlurne.**
7. **Stelle Dich am Sonntag dem Parteivorstand zur Verfügung,** er hat Arbeit für Dich und Du nützest der Allgemeinheit.
8. Sorge dafür, daß Du und Deine Familienangehörigen einen **Ausweis dem Wahlvorsteher vorlegen** können, falls dieser Euch nicht persönlich kennt.

Hierdurch die ergebene Anzeige, dass ich das Grundstück nebst Restaurant

„Culmbacher Bierhalle"

Culmerstrasse Nr. 11

vormals **Rudolph Rosin,** käuflich erworben habe.

Der Restaurationsbetrieb wird in dem bisherigen Umfange ausgeübt und bitte ich, das meinem Vorgänger geschenkte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.

Für

gutgepflegte Biere und vorzügliche Speisen

ist bestens gesorgt.

Um gütigen Zuspruch bittet

hochachtungsvoll

Pawlikowski.

Ein Wandbehang

blau gestickt (Handarbeit) ist preiswert zu verk. Gerstenstr 14, 2 Tr. r.

Echt rebhuhnf. Italiener u. andere beste Legehühner

umständehalber sofort zu verkaufen

Beyrich, Mellienstraße 109, 1.

Deutschnationale Volkspartei

(weibliche Jugendgruppe)

am Mittwoch, den 15. Januar, abends 6 Uhr

im **Tivoli:**

Mitglieder-Versammlung

anschließend Chorübung.

— Einführung neuer Mitglieder erwünscht. —

Grete Preuss. Gertrud Klatt.

Donnerstag, den 16. Januar 1919, abends 8 Uhr:

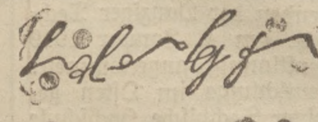
Mitglieder-Versammlung

im Hotel Dylewski, Katharinenstraße.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Kaufmännischer Verein von 1858,

Ortsgruppe Thorn.



Bunter Abend

des

Stenographen-Vereins Stolze-Schrey

Sonnabend, d. 18. Januar 1919, abends 7 Uhr

im **Saale** des „**Tivoli**"

zu Gunsten der Kriegsblinden-Fürsorge.

Eintrittskarten zum Preise von 1,— **Mk.** im Vorverkauf bei **Walter Lambeck** und an der Abendkasse erhältlich. Kassenöffnung 6½ Uhr.

Viktoria-Park.

Dienstag und Donnerstag

Großer Ball

Spiegelglatter Parkettfußboden.

Anfang 6 Uhr. **Anfang 6 Uhr.**

Tivoli.

Mittwoch, den 15. Januar 1919

Großes Familien-Kränzchen

Anfang 7 Uhr. **Anfang 7 Uhr.**

Stadt-Theater

Die für heute, Dienstag, den 14. Januar angesetzte Abendvorstellung

„Der Weibsteufel"

muß wegen Erkrankung von Fräulein **Molnar** ausfallen.

Die Direktion.

Abfallweiden

gibt in kleinen und großen Mengen billig ab **Paul Meyer, Thorn**

Brombergerstraße 82.

Bettnässen

Alter und Geschlecht angeben. Auskunft kostenlos durch **Merkur-Versand Gustav Zwerenz, München 532 W.,** Neureutherstr. 13.

Zu vermieten per 1. April 1919

Mellienstraße 28

6 Zimmer-Wohnung

hochherrschaftl. Warmwasserheizung reichlich Zubehör. **Friedrich Hecktor,** Breitestraße 32, I. Telefon 635

Großer

Laden

mit angrenzendem großem Zimmer und großem hellen Keller in lebh. Geschäftsstraße, zu jedem Geschäft passend, von sofort zu vermieten

Julius Cohn,

Schillerstraße 7, 1.

Ein kleiner, heller

Laden.

Elisabeth- und Strobandstr.-**Ecke** 12/14 Eingang Strobandstr., mit 2 Schaufenstern und darunterliegendem Keller, Gas, Elektrisch, Wasser und Zentralheizung versehen. Auf Wunsch auch ein **kleines Zimmer** mit Balkon in 4. Etage ist per sofort oder auch später zu vermieten

Gustav Heyer,

Breitestraße 6. Fernruf 517.

Stadt-Theater

Mittwoch, 15. Jan. nachm. **3 Uhr:** Märchenvorstellung! Erm. **Preise!**

Zum 2. Male!

„Hänsel und Gretel".

Abends 7½ Uhr:

Operetten-Neuheit! Zum 1. **Male!**

Außer Abonnement!

„Fürstenliebe".

Donnerstag, 16. Januar 7½ **Uhr:**

Abonnement-Vorstellung!

Zum 2. **Male!**

„Fürstenliebe".

Sonnabend, 18. Jan. nachm. **3 Uhr:**

Erm. Preise! Märchenvorstellung.

„Hänsel und Gretel".

Abends 7½ Uhr! Ermäßigte Preise! Vielfachen Wünschen **entsprechend,** nochmalige Aufführung.

„Der Lebensschüler".

M.-G.-V. „Liederkranz"

Mittwoch, den 15. 1. 1919,

im Vereinszimmer:

Haupt-Versammlung.

Tagesordnung:

Vorstandswahlen,

Jahresbericht,

Aufnahme der sich neu gemeldeten Mitglieder. **Der Vorstand.**

Eine

Parterre-Wohnung

von 3 Zimmer u. Küche zu mieten gesucht. Angeb. mit **Preis** unt. **A. S.** an die Geschäftsst. dies. Ztg.

Thorner Zeitung

Nr. 12. Beiblatt. Ostdeutsche Zeitung und Generalanzeiger **Mittwoch, 15. Januar 1919**

Die Gesammtkosten des Weltkrieges.

Die erste Notiz, die eine ungefähre Gesamtkostenberechnung des Weltkrieges bis zum Jahresabschluß 1918 aufstellte, war eine Berechnung des Washingtoner statistischen Bureaus der vereinigten amerikanischen Banken, und diese Berechnung nannte die runde Summe von 200 Milliarden Dollars oder einer Billion Francs. Diese Summe unterzieht der Präsident der französischen Budgetkommission Raoul Peret im Journal einer kritischen Betrachtung und kommt zu dem Resultat, daß es überhaupt unmöglich ist, zahlenmäßig festzustellen, was der Krieg den kriegführenden Völkern gekostet hat. Wohl kennt man die rein militärischen Ausgaben der Staaten; man kann aus den Staatsbudgets gewisse Schlüsse auf den Verbrauch ziehen; man hat die Zahl der Toten und der Kriegsbeschädigten ziemlich genau angegeben und wird die Ziffer der zerstörten Gebäude berechnen können. Aber wie soll man diese verlorenen Werte nun auf eine bestimmte Geldsumme festlegen? Wie ist es möglich, so verschiedenartige Werte durch Geldeswert auszudrücken? Was bedeutet das Leben eines Mannes für das Nationalvermögen? In welchem Maß vermindert die Zahl der Kriegsbeschädigten die gesamte Produktivkraft? Wie groß ist das Maß der allgemeinen Verarmung? Für all diese Fragen wird man keine bestimmten Zahlen aufstellen können, ohne sich der Gefahr der schwersten Irrtümer auszusetzen. Aber selbst die berechenbaren Verluste aller Kriegführenden lassen sich noch nicht feststellen, denn einzelne Länder, wie z. B. Serbien und Rumänien, haben gar keine regelmäßige Finanzwirtschaft mehr gehabt. Die Türkei und Bulgarien haben bisher über ihre Kriegskosten nichts Genaueres verlauten lassen. Der ungeheure Umfang des russischen Zusammenbruches läßt sich in Zahlen überhaupt nicht ausdrücken. Peret gibt einen Ueberblick über die bekanntgewordenen Kriegskosten der wichtigsten Völker. Durch verschiedene Veröffentlichungen der letzten Tge sind seine Zahlen bereits überholt; aber sie geben doch ein erstes zusammenfassendes Bild. In Frankreich betragen die eigentlichen Kriegskosten am Ende des Jahres 1918 gegen 147 Milliarden Frs. Dazu käme aber noch der Wert der durch den Krieg verursachten Schäden, der mit 50 Milliarden Frs. beziffert werden kann, und die jährliche Zinsdeckung der Kriegsschuld, die bereits 110 Milliarden überschreitet, sowie endlich die Pensionen, die man mit zwei Milliarden beziffert. Die Vereinigten Staaten haben von ihrem Eintritt in den Krieg am 6. April 1917 bis zum 1. November 1918 20 500 000 000 Dollars ausgegeben, eingerechnet 7 Milliarden, 7 Millionen Dollars Darlehen an die Verbündeten. Das sind aber nicht alles reine Kriegskosten; diese belaufen sich auf etwa 14 Milliarden Dollars. Wie das amerikanische, so macht auch das englische Budget keinen Unterschied zwischen den Kriegskosten und den anderen öffentlichen Ausgaben. Die Gesamtausgaben Großbritanniens vom 1. August 1914 bis zum 16. November 1918 belaufen sich auf 8662 Millionen Pfund Sterling, d. h. 216 Milliarden Frs., wovon etwa 22 Milliarden für die normalen Ausgaben abzurechnen sind. Die englischen Kriegskosten belaufen sich also auf gegen 200 Milliarden Frs., wobei die durch die Luftangriffe verursachten Schäden noch nicht eingerechnet sind. Die englischen Dominions haben alle zahlreiche Kriegsanleihen aufgenommen, und die Schulden jedes dieser Staaten sind um mehrere Milliarden gewachsen. Die reinen Kriegskosten Italiens betragen bis zum 31. Oktober 1918 46 Milliarden 500 Millionen Lire. Aber dazu kommen noch indirekte Kosten, sodaß italienische Blätter die Gesamtsumme auf 58 Milliarden berechnen, wobei die Kriegsschäden noch nicht in Betracht gezogen sind. Die reinen Kriegskosten Deutschlands wurden bis zum Oktober 1918 auf 137 Milliarden Mark angegeben. Die Summe ist aber viel größer durch die gewaltigen zivilen Ausgaben, die von den einzelnen Bundesstaaten und den Gemeinden getragen wurden. Die Kriegsschuld Oesterreich-Ungarns betrug bis zum 31. Juli 1918 100 Milliarden Kronen; die Kriegskosten sind aber bedeutend höher.

Aus Stadt und Land.

Thorn, den 14. Januar 1919.

Warum gehöre ich zur Deutschen demokratischen Partei?

Wer wird von rechts wie von links mit der gleichen verbitterten Heftigkeit angegriffen?

Die Deutsche demokratische Partei.

Die Sozialisten schimpfen sie „korruptes und feiges Kapitalistengesindel“. Lassen die Konservativen sich darauf ein, mit sachlichen statt mit den bequemeren (antisemitischen) Gründen zu kämpfen, so sprechen sie von „verkappten Bolschewisten“.

Was geht hieraus hervor?

Es geht hieraus hervor, daß es der Deutschen demokratischen Partei gelungen ist, eine gerechte, wohlerwogene Diagonale einzuschlagen. Es geht hieraus hervor, daß es ihr gelungen ist, eine sicher zum Ziel führende Straße auszubauen. Auf der einen Seite der mit gefällig bunten Blumen geschmückte schwankende Grund, in dem der vorwärtsstrebende Wanderer versinkt. Und auf der anderen Seite — der jähe Absturz.

Deshalb gehöre ich zur Deutschen demokratischen Partei.

Marie von Bunsen.

— **Marienburgs Hilferuf zum Schutz der Ostmark.** Am Mittwoch haben die Marienburger Vorstände mehrerer politischer Parteien in einer gemeinsamen Sitzung die Absendung folgender Telegramme beschlossen.

An Sr. Exzellenz Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Wiederum ist die Ostmark in größter Gefahr. Leben, Eigentum und Deutschtum der Bewohner stehen wie 1914 auf dem Spiel. In höchster Not nehmen wir unsere Zuflucht zu Ew. Exzellenz, dem Sieger von Tannenberg, und bitten von ganzem Herzen, wiederum unser Retter aus höchster Gefahr zu werden und die Führung des Grenzheeres zu übernehmen.

Marienburg, den 8. Januar 1919.

Die christl. demokratische Volkspartei. Die Deutsche demokratische Partei. Die deutschnationale Volkspartei.

An den Herrn Volksbeauftragten Ebert in Berlin.

An den Herrn Kriegsminister. An den Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

An den Herrn Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender der Waffenstillstandskommission.

Wiederum ist die Ostmark in größter Gefahr. Leben, Eigentum und Deutschtum der Bewohner stehen wie 1914 auf dem Spiel. Einer nur kann uns retten, Hindenburg, der Sieger von Tannenberg. Wir bitten dringend, ihm sofort die notwendigen Kräfte zum Schutze unserer Heimat gegen die polnische und bolschewistische Gefahr zur Verfügung zu stellen.

Marienburg, den 8. Januar 1919.

Die christliche demokratische Volkspartei. Die deutschnationale Volkspartei. Die Deutsche demokratische Partei.

— **Gegen die Beschäftigung der Arbeitskräfte vom Lande** richtet sich folgende Anordnung des Demobilmachungskommissars für den Regierungsbezirk Danzig: Den Arbeitgebern in Danzig wird es verboten, ländliche von außerhalb zuziehende oder seit dem 1. Januar 1919 zugezogene, noch nicht in Stellung befindliche Arbeitskräfte, insbesondere auch Hausangestellte und Dienstboten in Arbeit zu nehmen. Auch ist es verboten, derartige Arbeitsverträge zu vermitteln. Letzteres Verbot gilt nicht für die amtlichen Arbeitsnachweise. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 300 Mark bestraft. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

— **Bewaffnete Polen an unseren Grenzen.** Wie der „Danz. Ztg.“ mitgeteilt wird, sind Kavallerie-Patrouillen, die von uns in die geräumten Ortschaften an der deutsch-polnischen Grenze entsandt worden sind, überall auf bewaffnete Polen und flüchtende Einwohner gestoßen. Die deutschen Einwohner sind durchweg nach ihren Angaben in schamloser Weise von den Polen ausgeplündert worden.

— **Die Elbinger Zeitung** gibt in eigener Sache folgende Erklärung ab: „Nach Besprechungen mit Vertretern der Elbinger Arbeiterschaft sehen wir uns zu folgender Erklärung gezwungen: Die „Elbinger Zeitung“ verhält sich bis auf weiteres politisch insofern neutral, als sie keine eigenen Artikel wiedergibt, sondern nur das ihr zugehende drahtliche und briefliche Material unter Vorbehalt der Richtigkeit verwendet, für welche die zur Verfügung stehenden Nachrichtenquellen verantwortlich sind.“

Culmsee. Einbruch. In der Nacht vom 8. zum 9. Januar wurden aus dem Schaufenster des Uhrmachers Golembiewski Uhren, Ringe, Uhrketten usw. von erheblichem Werte gestohlen. Der oder die Diebe haben mit einem Stein die Fensterscheibe zertrümmert. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Graudenz. Die Einbruchsdiebstähle mehren sich in geradezu beängstigender Weise. Ein großer Einbruch, bei dem den Dieben Wertgegenstände von 17 000 Mark in die Hände fielen, wurde im Privathause Amtsstraße 4 verübt. Hier wurden allein 3000 Mark in barem Geld, goldenen und silbernen Sachen, Wäsche und Kleidungsstücken gestohlen. Einem Major in der Festungsstraße wurden 2 Pferde aus dem verschlossenen Stalle gestohlen. Fast täglich verzeichnet der Polizeibericht Massendiebstähle.

Strasburg. Vereitelter Putsch. Die polnischen Umtriebe spitzten hier die Lage derart zu, daß das Militär eingreifen mußte. Strasburg ist der „Ostd. Rdsch.“ zufolge von Truppen stark besetzt, deren Kommandeur sofort den Belagerungszustand erklärte. Bei den vorgenommenen Haussuchungen fanden sich Waffen und Munition in großen Mengen, auch Maschinengewehre sowie nagelneue Militärgewehre. Wie dieses geraubte Militärgut nach Strasburg gekommen ist, bedarf noch der Aufklärung. Der polnische Arbeiter- und Soldatenrat wurde vom Militär aufgehoben. Das tatkräftige Einschreiten des Militärs, das jetzt auf dem Lande bei den Besitzern nach Waffen und Munition Haussuchungen abhält, trägt nicht nur zur Beruhigung der deutschen, sondern auch der besonnenen polnischen Bevölkerung bei, denn unsere Stadt sollte der Schauplatz eines spartakistischen Putsches werden, zu dessen Inszenierung eine Gruppe von auswärtigen Spartakusleuten in Stärke von 100 Mann bereits, auf dem Wege nach Strasburg war, um mit den polnischen Aufwieglern gemeinsame Sache zu machen. Unterwegs müssen sie jedoch Mitteilung erhalten haben, daß ihr Wirken in Westpreußen wesentlich schwerer ist als in der Provinz Posen und daß bei den umsichtigen Maßnahmen der Truppen ihre Betätigung nicht ohne Gefahr ist. Sie machten auf der Station vor Strasburg kehrt, und so konnten vom Militär nur einzelne von ihnen festgenommen werden.

Danzig. Diebesfrechheit. In der Nacht zum Dienstag drangen Diebe nach Ueberklettern einer hohen Mauer in das Stallgebäude des Hotels „Continental“ ein, schlachteten dort ein etwa 100 Pfund schweres Schwein und verschwanden auf dem beschwerlichen Wege. Ein zweites Schwein ließen die Diebe am Leben. Am Tatorte fand man ein Stemmeisen und ein schwarzes Verwundetenabzeichen.

Danzig. Kundgebung. In einer Versammlung der Betriebsarbeiterräte und der Vertrauensleute am Montag im Schwurgerichtssaale wurde nach einem Vortrage des Herrn Grünhagen über „Rechte und Pflichten der Arbeiter nach der Revolution“ folgende Entschließung angenommen, in der es zum Schluß heißt: Die Versammlung erklärt, daß die Danziger Arbeiterschaft deutsch fühlt und bleiben will und daß sie bereit ist, sofern die Polen versuchen sollten, Danzig und die Provinz Westpreußen vor dem Friedenskongreß mit Gewalt an sich zu reißen, um diesen vor eine vollendete Tatsache zu stellen, sie der Gewalt Gewalt entgegensetzen will. Die Danziger Arbeiterschaft verlangt zum Zwecke der Sicherung die Bewaffnung der organisierten Arbeiterschaft.

Danzig. Von den Unabhängigen. Die Herrschaft der Unabhängigen Sozialdemokraten dehnt sich auch auf unsere alte Hansastadt aus. In einer Sitzung des Vollzugsausschusses des A.- und S.-Rates setzten sie, wie ihr Parteiorgan „Das freie Volk“, berichtet, die Amtsenthebung der „Personen des alten Regimes“: des Oberpräsidenten, des Regierungspräsidenten, des Polizeipräsidenten und des Landeshauptmanns durch. Ferner beantragten sie, die Kommandogewalt im Bereiche des 17. Armeekorps einem sozialdemokratischen Soldaten zu übertragen, der sich des Kommandierenden Generals und seines Stabes als technischen Beraters bedient, und die Kommandantur Danzig neu zu besetzen. Weiter wurde von den Unabhängigen mit größter Beschleunigung die Durchführung von Maßnahmen verlangt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Verbilligung der Lebensführung, wodurch eine angemessene Lohnregelung ermöglicht würde, die uns wirtschaftlich konkurrenzfähig macht; ferner Fühlungnahme mit allen Kreisen der werktätigen Bevölkerung, Auflösung der Stadtverordnetenversammlung und beschleunigte Durchführung der Neuwahlen auf allgemeiner, geheimer, gleicher Grundlage für Männer und Frauen über 20 Jahre, neuzeitliche Regelung des Polizeiwesens. Es wurde eine Kommission gewählt, die sofort nach Berlin fahren soll, um die Amtsenthebung der genannten Beamten in die Wege zu leiten.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Auf der am 5. Januar abgehaltenen Versammlung Arbeitsloser fiel es auf, daß die Herren A.-Räte fortwährend dem Thorner Magistrat mit guten Ratschlägen kommen, die sogar mit Nachdruck betrieben werden sollen. Der A.-Rat scheint dabei zu vergessen, daß Magistrat und Stadtverordnete die Interessen der gesamten Bürgerschaft wahrnehmen müssen. Die Herren A.-Räte haben ihre Arbeiter zu beraten und zwar so, daß die Kirche im Dorfe bleibt. Stattdessen wird jedoch an den guten Willen von Magistrat und Unternehmern gezweifelt und dadurch Mißtrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesät, wo doch gerade der gute Wille und das Vertrauen auf beiden Seiten unser wirtschaftliches Leben in Gang bringen kann. Wir haben hier in Thorn keine Schlotbarone oder dergleichen. Noch viel unangenehmer fiel es auf, daß der S.-Rat den Polen, die dort vorhanden waren, unsere deutsche alte Ordensstadt so halb und halb anbot, um sie bei ruhiger Stimmung zu erhalten. Sollte das Stimmenfang bedeuten? Der S.-Rat müßte doch wissen, daß in dieser Beziehung alle Mühe vergeblich wäre, denn ein Thorner Pole gibt nie einem Deutschen seine Stimme. Es wäre Pflicht der Herren A.- und S.-Räte, gerade dem Arbeiterstande Aufklärung zu geben, wie es mit Zahlung der Renten, Pensionen, Unterstützungen aller Art, wie Krankengeld bestellt ist, wenn deutsche Landesteile an Polen fallen sollten. Daß das kleine Polen nicht dieselben Lasten tragen kann, wie das große deutsche Reich, ist doch wohl selbstverständlich. Alle Rechte, die der deutsche Staat seinen Arbeitern zugestanden hat, kämen also für die Bewohner der Landesteile, die polnisch würden, in Fortfall. Es sollte sich daher genau jeder Arbeiter, wessen Standes er auch sei, überlegen ob er ein echter Pole ist, die katholische Religion, die polnische Sprache und das „ki“ am Ende seines Namens machen noch keinen Polen und zwingen ihn nicht, seine Stimme am Wahltage einer deutschen bürgerlichen Partei zu entziehen, oder auf der Zählkarte am 12. Januar sich als Pole zu bezeichnen.

Th. B.

Aus aller Welt.

Warenhausbrand.

In Breslau ist anscheinend durch Brandstiftung am Mittwoch früh das Warenhaus S in Brand geraten und niedergebrannt. In dem Gebäude befanden sich beschlagnahmte Wäsche und Ausrüstungsgegenstände.

Die deutsche Marseillaise von 1848.

Daß das neue Deutschland und die neue Zeit auch ein neues deutsches Nationallied fordere, ist verschiedentlich hervorgehoben worden. Solche Forderungen sind aber nicht so leicht zu erfüllen, wie die Versuche beweisen, die 1846 in dieser Hinsicht unternommen wurden. Damals verlangte man allgemein nach einem Gesang der Revolution, nach einer deutschen Marseillaise, und die Dichter beeilten sich, diesem Verlangen nachzukommen. So dichtete der Hauptbarde der „Vossischen Zeitung“, Dr. Friedrich Enlert, eine „Deutsche Marseillaise“, die sofort von verschiedenen Komponisten vertont wurde und als allgemeines Volkslied empfohlen wurde. Diese Marseillaise fand aber sogleich die heftigste Kritik in den Spalten des Blattes, und Angehörige der verschiedensten Stände, Offiziere, Unteroffiziere, Landpfarrer, ja sogar ein alter Lützower Jäger wandten sich in Versen dagegen. So fand dieser deutsche Nationalgesang Enlerts wenig Anklang. Nicht viel besser ging es einer andern „deutschen Marseillaise“, die der Lyriker Julius Schanz in seinem 1848 erschienenen deutschen Liederbuch veröffentlichte. Jede ihrer Strophen schließt mit dem Refrain: „Ihr Brüder, zum Gewehr! Zum Kampfe Mann für Mann! Voran, voran, durch Knechtesblut, zu stolzer Siegesbahn!“ Die blutige Herkenbrut der Tyrannen“ wird in den pathetischen Versen zum Untergang verurteilt und das Volk zum letzten Befreiungskampf aufgerufen. Eine „schleswig-holsteinische Marseillaise“ schuf Adolf Strodtmann in seinen „Liedern eines Kriegsgefangenen“. Der Jungdeutsche Ludolf Wienbarg aber wendet sich gegen diese Nachahmung eines französischen Liedes, indem er in seinem Gedicht „Deutsches Banner“ singt:

„Mag der Franke den Marseiller singen,
Schlürfen den Champagner der Gesänge,
Der, weil ihm die Flasche ward zu enge,
Ließ den Kork bis an die Mauer springen.
Deutsche, schlürfet nicht den fremden Schaum;
Dürstet, dürstet nach dem Rheinweinrebe,
Das für künft'ge Luther, Winkelriede
Wächst auf Eurer eignen Berge Saum!“

Auch Herwegh ist es, so sehr er damals danach strebte, nicht gelungen, dem deutschen Volk ein neues Nationallied zu schaffen. 1863 trat Lassalle an ihn mit der Aufforderung heran, für den neugegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ das Bundeslied zu dichten, und er schuf nun in enger Anlehnung an ein Gedicht des Engländer Shelley die „Arbeiter-Marseillaise“, die Hans von Bülow unter dem Pseudonym W. Solinger komponiert. Aber auch dies Lied, dessen machtvolle Strophen berühmt geworden sind, hat sich nicht in der deutschen Arbeiterschaft und im deutschen Volk einbürgern können.

Wie man in Frankreich 1871 zur Nationalversammlung wählte.

Wie die Wahlen der deutschen Nationalversammlung am 19. Januar in unserer Geschichte einzigartig dastehen, so trugen auch die Wahlen zur Nationalversammlung in Bordeaux Anfang Februar 1871 ein den Franzosen unvergeßliches Gepräge. Die Nationalversammlung sollte ja damals dem besiegten Frankreich den Frieden bringen, und es waren Kräfte am Werk, die dies zu hintertreiben suchten. Gambetta, der Verfechter des Krieges bis zum Aeußersten, erließ am 31. Januar ein Dekret, in dem er eigenmächtig von der Wahl alle Personen ausschloß, die unter dem Kaiserreich irgendeine staatliche Funktion ausgeübt hatten. Er wollte damit den Radikalen die Mehrheit sichern. Daraufhin aber erklärte Bismarck, gestützt auf den Wortlaut des Waffenstillstandsvertrages, er werde eine nach dem Dekret Gambettas gewählte Versammlung nicht als Vertretung Frankreichs anerkennen. Daraufhin mußte der Volkstribun am 4. Februar sein Amt niederlegen, und die zunächst für den 5. Februar

ausgeschriebenen Wahlen konnten am 8. Februar stattfinden. In dem belagerten und hungernden Paris war der Wahlkampf heftig entbrannt. Am 30. Januar hatte die Regierung der nationalen Verteidigung die Listen der 43 Kandidaten veröffentlicht. Der „Temps" von diesem Tage, der seine erste Seite den Wahlen widmet, beschäftigt sich auf der vierten Seite schließlich mit der „Verwertung des Pferdefleisches für die Ernährung" und gibt Rezepte für die beste Zubereitung der geschlachteten Tiere. Bald bedeckten Wahlplakate in den verschiedensten Farben alle nur zugänglichen Mauern; ganz Paris ist mit buntem Papier tapeziert. Victor Hugo, Gambetta, Garibaldi Rochefort sind die bedeutendsten Kandidaten. Neben ihnen empfiehlt sich z. B. ein gewisser Michel Kramer seinen Wählern in schöner Bescheidenheit als „den größten Wohltäter der Menschheit." Endlich ist der Tag der Wahl herangekommen; sie vollzieht sich in größter Aufregung und dauert zwei Tage, da man am 8. Februar nicht fertig wird. In den Wahllisten drängen sich die Menschen; der größte Teil der Wähler trägt die Uniform der Nationalgardisten. Die Urnen werden die ganze Nacht durch streng bewacht, damit niemand die Wahlergebnisse fälsche. Die Feststellung des Ergebnisses am 10. Februar ist sehr schwierig, denn neben den offiziellen Kandidaten sind eine Unmenge unbekannter Persönlichkeiten von ihren Freunden gewählt worden. In der Mairie von Grenelle zählt man allein 913 Kandidaten. Die meisten Stimmen in Paris, 216 471, versammelt Louis Blanc auf sich; die wenigsten, 69 788, erhält Camille Farcy, ein populärer Volksmann, der durch seine kuriosen Erfindungen bekannt geworden war. Die Kandidaten müssen sofort aufbrechen, wenn sie am 15. Februar, dem Tag der Eröffnung der Nationalversammlung, rechtzeitig in Bordeaux eintreffen wollen. Allen Abgeordneten ist nur dann ungehinderte Fahrt zugesichert, wenn sie einen von den deutschen Militärbehörden visierten Paß besitzen. Ihre Reise ist vielfach sehr beschwerlich, denn regelmäßige Personenzüge fahren nicht, und sie müssen daher Güterzüge benutzen, wo sie zwischen Kisten und Ballen einen Sitz finden. Die Nationalversammlung ergibt eine bedeutende Mehrheit, die für den Frieden und geordnete Zustände in Frankreich stimmt, und sie wird der Ausgangspunkt für eine Besserung und Gesundung aller Verhältnisse.

Wunder der Chirurgie im Altertum.

Das Studium der Geschichte ist eine Schule der Bescheidenheit, denn es lehrt uns mit dem Spruch des alten Ben Akiba, daß alles schon einmal dagewesen, daß die wichtigsten Errungenschaften unserer Zeit, die wir für ganz beispiellos halten, auch der Vergangenheit nicht unbekannt waren. So glauben wir z. B., daß unsere moderne Chirurgie eine Leistung der Wissenschaft darstelle, für die es kein Vorbild in der Geschichte gäbe. Der französische Arzt und Historiker Dr. Cabanes weist aber in einem vor kurzem erschienen Buch über die Geschichte der Chirurgie nach, daß die chirurgischen Kenntnisse der antiken Aerzte bereits sehr bedeutend waren. So findet er im Homer anatomische Anschauungen, die auf genauestem Studium des menschlichen Körpers beruhen. Hat doch diese Beschlagenheit in der Anatomie sogar einen deutschen Gelehrten namens Fröhlich dazu geführt, zu behaupten, Homer sei wahrscheinlich in seinem eigentlichen Beruf Militärarzt gewesen! Bei dem römischen Dichter Ennius findet sich bereits ein Hinweis auf die engen Beziehungen der Verletzungen der Brust und des Unterleibes. Ebenso sind die medizinischen Kenntnisse Virgils sehr bedeutend. Er vermeidet z. B. den Irrtum, in den die meisten Dichter verfallen, in der Starrheit der Körpergliedmaßen eine unmittelbare Folge des Eintretens des Todes zu sehen. Virgil war auch bereits die Operation bekannt, die wir als „Kaiserschnitt" bezeichnen, und der Chirurg des Aeneas, Japis, der sie ausführte, muß ein vorzüglicher Arzt gewesen sein. Ein anderer römischer Dichter Lucan gibt so genaue und eingehende Beschreibungen von Wunden, daß wir uns heute noch ein anschauliches Bild der hier geschilderten Verletzungen machen können. 300 Jahre vor unserer Zeitrechnung operierten die Aerzte von Alexandrien Herophilos und Erasistratos Abzesse an der Leber durch Aufschneiden in der Weichengegend (Laparatomie) eine Operation, die man erst Endes 19. Jahrhunderts wieder vorgenommen hat. Hipokrates kannte die Schmerzbetäubung durch gewisse anästethische Mittel, wußte die Wunden durch Wärme zu beeinflussen, nahm Trepanationen vor und riet, das Wasser zu kochen, um es von Krankheitsstoffen zu befreien. Die Heilgymnastik, wie sie in unserer Zeit besonders von Schweden aus zur Kräftigung des Körpers empfohlen worden ist, war ebenfalls der Antike bekannt. Selbst das Mittelalter, das man allgemein für so tiefstehend in der chirurgischen Wissenschaft hält, hat bereits manche Errungenschaften aufzuweisen. So gab es schon im 12. Jahrhundert Prothesen für verstümmelte Gliedmaßen, und von Kurpfuschern, wie Schäfern und Badern, sind gebrochene Gliedmaßen zuerst durch bestimmte Apparate unbeweglich gestellt worden, um den Heilungsprozeß dadurch zu beschleunigen. Für die Formen der modernsten Wundbehandlung kann man bereits Vorbilder finden in den Anweisungen, die uns die Aerzte der berühmten Schule von Salerno hinterlassen haben. Die Chirurgie wird dann schließlich zu einem selbständigen Zweig der Medizin von dem französischen Arzt Ambroise Pare erhoben, der das Messer, das die antiken Chirurgen angewendet hatten, wieder in sein Recht einsetzte, die Wunden nähte und auch als Kriegschirurge Vorzügliches leistete.

Die geprellten Freundinnen.

Auf einer Bahnstation des Berner Oberlandes stand ein Eisenbahnzug mit französischen und englischen Internierten zum Abtransport in ihre Heimat bereit. Eine Anzahl Schweizermädchen, die mit den Abreisenden manche zarte Bande geknüpft hatten, wollten unbedingt die Reise mitmachen oder wenigstens den Freunden, die ihren Herzen teuer waren, eine Strecke weit das Geleit geben. Der Stationsvorstand verbot ihnen den Eintritt in die Abteile der Soldaten, erlaubte ihnen jedoch in den letzten Wagen des Zuges zu gehen. Die Mädchen besetzten freudig diesen letzten Wagen; der Vorstand gab das Zeichen zur Abfahrt, „Vive la Suisse" erscholl es aus den Wagen. Der Zug verschwand im Herbstnebel; doch der Wagen mit den liebebedürftigen Damen stand immer noch im Bahnhof. Er war zur rechten Zeit abgekuppelt worden. Aber die Gesichter! Der Stationsvorstand soll sich schleunigst unsichtbar gemacht haben.

Die kleinste Münze der Welt.

Diejenige Münze, die den geringsten Kaufwert hat, ist auf dem malayschen Archipel im Umlauf. Das merkwürdige Geldstück besteht in einer kleinen Kugel, die aus den Ausscheidungen eines harzreichen Baumes hergestellt ist. Das Harzkügelchen hat etwa den Wert von einem Tausendstel eines Pfennigs. Welch paradiesische Zustände müssen auf dem malayschen Archipel herrschen, wenn eine solche Münze überhaupt verwendet wird und man für sie noch etwas zu kaufen bekommt. Diese kleinste Münze der Welt erzählt von einer Billigkeit und Wohlfeilheit des Landes, in dem sie gilt, die ebenso eigenartig ist, wie die Zwergmünze selbst.

Standesamt Thorn.

Vom 10. bis 12. Januar 1919.

Sterbefälle: Landsturmpflichtiger Arbeiter Franz Kolucki 43 J. 10 Mon. Kultur-Ingenieur August Wawrziniok 51 J. 4 Mon. Kanonier Kaufmann Max Nowack 19 J. 8 M. Vorarbeiter Rentenempfänger Max Rutkowski 27 J. 2 Mon. Arbeiter Leonhard Kwiatkowski 75 J. 8 Mon. Organist a. D. Thomas Wisniewski 73 J. 10 Mon.

Bekanntmachung.

Gemäß § 28 der Wahlordnung vom 30. November 1918 — R. Gesetzbl. S. 1353 — bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß im 2. Wahlkreise für die

Wahlen zur deutschen Nationalversammlung

folgende

Wahlvorschläge

von uns zugelassen sind:

I. Wahlvorschlag Leu

Kandidatenliste der unabhängigen Sozialdemokratie Westpreußens für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung. Die nachstehend mit eigener Namensunterschrift aufgeführten Wähler stellen hiermit als Kandidaten für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 für den Bezirk Westpreußen folgende Personen auf:

1. Frau Käthe Leu-Danzig.
2. Stadtverordneter Heinrich Perschon-Elbing.
3. Parteisekretär Johannes Mau-Danzig
4. Gefreiter, Schriftsteller Wilhelm Kahn-Danzig-Langfuhr.
5. Parteiangestellter A. Grunwald Elbing, Grubenhagen 15.
6. Lehrer Ewald Brokowski-Danzig-Brauenthal.
7. Schlosser Gustav Hetz-Elbing.
8. Redakteur Gustav Schroeder-Danzig.
9. Buchdrucker Georg Pipe-Marienburg
10. Maler Ernst Roggenbuck-Danzig
11. Frau Klara Heunlager-Danzig, Hohe Seigen Nr. 18.

II. Wahlvorschlag Gehl.

Bezugnehmend auf § 11 des Wahlgesetzes zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung reichen die unterzeichneten, im Wahlkreis Westpreußen zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen folgende Wahlvorschläge für die deutsche Nationalversammlung ein:

1. Gehl, Julius, Parteisekretär, Danzig
2. Schulz Hermann, Stadtverordneter, Elbing
3. Simon, Anna, Sekretärin, Brandenburg a. H.
4. Reek Walter, Gewerkschaftssekretär, Danzig.
5. Sint, Dr., Hans, Amtsrichter, Danzig.
6. Loops, Ernst, Büroangestellter, Danzig
7. Wollsmann, Max, Genossenschaftssekretär, Langfuhr.
8. Haak, Wilhelm, Maschinenschlosser, Graudenz
9. Koultzer Bernhard, Bauunternehmer, Pr. Friedland.
10. Kectat, Paul, Oberintendantursekretär, Danzig
11. Wyiecki Franz, Volksschullehrer, Zippnow, Kr. Dt. Krone.

III. Wahlvorschlag Weinhausen.

Die unterzeichneten, wahlberechtigten Personen reichen hierdurch für die Provinz Westpreußen zur Wahl für die Deutsche Nationalversammlung den folgenden Wahlvorschlag ein:

1. Friedrich Weinhausen, Schriftsteller, Berlin-Steglitz, Albrechtstr. 117.
2. Katharina Klon, Schulvorsteherin, Danzig.
3. Wilhelm Gleichauf, Vorsitzender des Gewerkvereins der Metallarbeiter Berlin, Greifswalderstraße Nr. 221.
4. August Beutzki, Ing. und Fabrikbesitzer, Graudenz.
5. Hofbesitzer Fritz Hackbarth-Gramtschen bei Thorn.
6. Photograph John Greme-Konitz Wpr.
7. Festungsbau-Offizierstellvertreter Heinrich Reese-Graudenz.
8. Rechtsanwalt [illegible] Pfleg i. Schwetz a. W.
9. Kaufmann Johann Wiebe-Marienburg Wpr.
10. Rangiermeister Joseph Krenczkowski Dirschau Wpr.

IV. Wahlvorschlag Schümmer.

Die Unterzeichneten überreichen hiermit eine Wahlvorschlagsliste für die Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung:

1. Schümmer, Wilhelm, Arbeitersekretär, Danzig.
2. Landmann, Maria, Schuldirektorin, Danzig.
3. Menge, Albert, Eisenbahn-Obersekretär, Danzig-Langfuhr.
4. Mallach, Paul, Gutsbesitzer, Wittkow, Kr. Dt. Krone.
5. Sawatzki, Franz, Gutsbesitzer, Ludwigsfelde, Kr. Schlochau
6. Bingel, Franz, Propst, Marienburg Wpr.
7. Szylzke, Alfred, Kaufmann, Konitz Wpr.
8. Dr. Joseph Gendreitzig, Sanitätsrat, Elbing.
9. Brinkmann, Hermann, Seminardirektor, Graudenz.
10. Reschke, Edwin, Lehrer, Dt. Eylau.
11. Nötzel, Hermann, Zimmerpolier, Neustadt Wpr.

V. Wahlvorschlag Schulz.

Die Unterzeichneten machen für die Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung im Wahlbezirk Westpreußen folgenden

Wahlvorschlag:

1. Landgerichtsrat Georg Schultz-Bromberg.
2. Schriftstellerin Fräulein Dr. Käthe Schirmacher-Danzig.
3. Rittergutsbesitzer Dr. Gustav Roesicke-Görsdorf bei Dahme i. d. Mark
4. Gutsbesitzer Max Baerecke-Spittelhof, Kr. Elbing
5. Volksschullehrer Ku[illegible] Kamp-Jacobsau, Post Lessen Westpr., Kreis Graudenz.
6. Schlossermeister Gustav Damerow-Marienburg, Mühleng. 16.
7. Postsekretär Hermann Hoslau-Danzig, Grüner Weg 7.
8. Obermaschinistenmaat Willy Fuhrmann-Danzig, Bischofsberg.
9. Justizrat Bernhard Schlee-Thorn
10. Amtsrichter Wilhelm Koppe-Flatow
11. Lehrerin Fräulein Klara Nouvel-Marienburg.

Nur für die in den Wahlvorschlägen aufgeführten Personen können gültige Stimmzettel abgegeben werden. Es genügt, wenn auch nur ein Name der in einem Wahlvorschlage genannten Personen auf dem Stimmzettel vermerkt ist, es können aber auch sämtliche Namen genannt werden. Es ist aber unzulässig und macht den Stimmzettel ungültig, wenn Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen oder ausschließlich nur andere als die in den vorstehenden Wahlvorschlägen aufgeführten Personen auf ihm enthalten sind.

Der Stimmzettel für einen Wahlvorschlag wird für sämtliche in ihm genannten Personen wirksam. Verwahrungen oder Vorbehalte gegenüber allen Gewählten sind nicht zulässig. Sie machen den Stimmzettel unwirksam.

Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den nicht verbundenen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag. Daher wird zunächst nur die Zahl der Abgeordneten ermittelt, die je auf die nicht verbundenen Wahlvorschläge und . . . . aus verbundenen Wahlvorschlägen bestehenden Wahlvorschlag . . . . entfällt.

Ist diese Zahl festgestellt, so erfolgt eine gleiche Ermittelung bezüglich der Wahlvorschläge, die mit einander verbunden waren. Ist die Zahl der Abgeordneten für die einzelnen Wahlvorschläge endgültig festgestellt, so werden den in Betracht kommenden Wahlvorschlägen die Namen der in ihnen aufgeführten Personen nach der Reihenfolge, in der sie in den Wahlvorschlägen enthalten sind, entnommen, auf die 11 ermittelten Höchstzahlen verteilt und als gewählte Abgeordnete verkündet.

Danzig, den 7. Januar 1919.

Der Wahlausschuß des 2. Wahlbezirks für die Deutsche Nationalversammlung.

von Liebermann. Gehl. [illegible]watzki.
Schwegmann. Borens.

Bekanntgegeben:

Thorn, den 11. Januar 1919.

Der Magistrat.

Aufruf!

Kann mir jemand Nachricht geben über den Verbleib meines Sohnes, des Landsturmmannes

Erich Kagelmacher,

Reserve-Infanterie-Regim. 61, 7. Kompagnie.

Mein Sohn ist seit dem 14. 10. 18 bei der großen Abwehrschlacht in Flandern vermißt.

Frau Cl. Kagelmacher,
Gudderitz bei Altenkirchen, Insel Rügen.

Unkosten werden gern erstattet.